

DIE MISSION DES GRAFEN VON DAUN IN BRÜSSEL 1725

Ein Wendepunkt in der Regierung
der Österreichischen Niederlande?

Klaas Van Gelder, Gent, und Sandra Hertel, Wien

Das erste Jahrzehnt der österreichischen Regierung in den Südlichen Niederlanden¹ kann schwerlich ein großer Erfolg genannt werden. Nachdem zehn Jahre nach der Trial-and-Error-Methode verfahren worden war, brauchte das junge Regime in mehreren Bereichen eine gründliche Reform und durchgreifende Maßnahmen, um die Autorität des Generalgouvernements in Brüssel wiederherzustellen. Die Statthalterschaft von Eugen von Savoyen (1716–1724) war nach einer adeligen Intrige gegen seinen Stellvertreter, Marquis von Prié, gescheitert. Sie setzte den Schlusspunkt einiger besonders unruhiger Jahre.

Bis jetzt hat die Historiographie die Anfangsjahre der österreichischen Regierung eher stiefmütterlich behandelt. Über den mühsamen Aufbau der Regierung in den weitentfernten Regionen und über die Legitimierung der Macht des neuen Souveräns ist bisher nur wenig bekannt². In diesem Beitrag wird ein zentraler Aspekt dieser Zeit erläutert: Die Mission von Wirich Philipp Lorenz Graf von Daun, der am 27. Januar 1725 zum Statthalter ad interim ernannt wurde. Seine kurze Amtsperiode in den Südlichen Niederlanden – von Februar bis Ende November 1725 – war in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll: Er lenkte die vollständige Reorganisation des zentralen Brüsseler Verwaltungsapparats in die richtigen Bahnen und bereitete die Ankunft einer Statthalterin von königlichem Blut und ihre Hofhaltung vor. Nach der Darstellung der Probleme während Eugens Statthalterschaft wer-

¹ Die Südlichen oder Österreichischen Niederlande waren ein Konglomerat von zehn Provinzen oder Regionen, die in mancher Hinsicht autonom waren. Das Gebiet entspricht zum größten Teil dem heutigen Belgien mit dem Großherzogtum Luxemburg, aber nicht ganz. So war das Fürstbistum Lüttich ein unabhängiger Staat, der die Südlichen Niederlande territorial in zwei Teile spaltete.

² Die umfassendste Arbeit über die Statthalterschaft von Eugen bleibt vorläufig *Braubach*, Prinz Eugen, 115–215. Zu Maria Elisabeths Statthalterschaft siehe *Kalmár*, Kulturgeschichtliche Studien; *Hamann*, Maria Elisabeth; *Jonckers*, Maria-Elisabeth van Oostenrijk.

den beide Aspekte besprochen und in eine längere Entwicklung eingebettet. Die Maßnahmen, die in Dauns kurze Amtszeit ergriffen wurden, erweisen sich als symptomatisch für die Herausforderungen, mit denen neue Regime bei der Verwaltung in peripheren Territorien einer zusammengesetzten Monarchie – eine weitverbreitete Staatsform im frühmodernen Europa – konfrontiert wurden. In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass die Bedeutung von Dauns Interimsstatthalterschaft in den Südlichen Niederlanden deren Dauer bei weitem übersteigt. Die Maßnahmen, die 1725 ergriffen wurden, waren wesentlich, um der behördlichen Unordnung Einhalt zu gebieten und die Autorität des österreichischen Gouvernements wiederherzustellen und zu sichern.

Der Fehlstart der österreichischen Regierung

Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg wurden die Südlichen Niederlande Kaiser Karl VI. zugesprochen. Den Vertragsbestimmungen der Großen Allianz (1701) mit der Republik der Vereinigten Provinzen und England gemäß musste der Kaiser der Ausstattung einer militärischen Barriere in dieser Region zustimmen. Erst nach Abschluss des Barrierevertrags (15. November 1715) übertrug das vorläufige Anglo-Batavische Kondominium, das seit 1706 im Namen von Erzherzog Karl³ über große Teile der Südlichen Niederlande regierte, im Februar 1716 die Macht an den österreichischen Bundesgenossen⁴. Die kaiserliche Souveränität wurde durch den Barrierevertrag bedeutend eingeschränkt. Der Vertrag verwandelte die Südlichen Niederlande in eine Pufferzone und eine militärische Abwehrlinie gegen einen möglichen französischen Expansionismus. Karl VI. wurde nicht nur verpflichtet, in acht südniederländischen Festungen Staatsgarnisonen zuzulassen, die Südlichen Niederlande mussten zusätzlich für deren Unterhalt jährlich 1.400.000 Brabanter Florine bezahlen und zudem die Außenstände an die Republik übernehmen⁵. Auch war es Karl VI. verboten, die während der anglo-batavischen Regierung zugunsten der beiden Seemächte geänderten Zolltarife anzupassen⁶.

³ Eigentlich regierten die anglo-batavischen Autoritäten die Südlichen Niederlande im Namen Karls III. von Spanien. 1703 wurde Erzherzog Karl in Wien zum König von Spanien ausgerufen, obwohl er in der spanischen Historiographie nie als solcher anerkannt wurde. 1711 wurde er Kaiser des Heiligen Römischen Reiches.

⁴ *De Schryver*, Zuidelijke Nederlanden, 43; *Lenders*, Zuidelijke Nederlanden, 60–62; *Van Gelder / Vermeir*, Habsburgse Nederlanden, 47–48.

⁵ Die Außenstände an die Republik betrugen 1715 10.649.498 Brabanter Florine, während die durchschnittlichen Bruttojahreseinnahmen der Regierung in Brüssel im Jahrzehnt von 1715 bis 1724 auf 6.551.376 Brabanter Florine beschränkt blieben. Gut 30 Prozent dieses Jahresbudgets musste in diesem Jahrzehnt im Rahmen der Verpflichtungen des Barrierevertrags an die Republik abgegeben werden. Vgl. zu diesem Zahlenmaterial *Coppens*, Basisstatistieken, 213–220; *ders.*, De financiën, 268–278; *Hasquin*, Difficultés financières, 110–115.

Durch die jahrzehntelange Kriegsgewalt waren die Südlichen Niederlande sowieso ökonomisch erheblich schwächer geworden, und während der ersten Jahre von Karls Regierung setzte sich die ökonomische Malaise fort. Die Barrierebestimmungen legten nach 1715 der Regierung eine zusätzliche Last auf, und die ungünstigen Zolltarife erschwerten eine wirtschaftliche Erholung⁷.

Nach dem Machtwechsel zögerte Österreich die Organisation der Verwaltung der Südlichen Niederlande lange hinaus. Zwei Punkte waren dabei ausschlaggebend: die Einsetzung eines Statthalters oder einer Statthalterin, die als Alter Ego des abwesenden Fürsten die Landesverwaltung übernehmen konnte, sowie die Reorganisation des zentralen Verwaltungssystems in Brüssel, das durch anderthalb Jahrzehnte Krieg, eine schnelle Aufeinanderfolge äußerst ephemerer Regime und genauso viele institutionelle Experimente gleichsam völlig zugrunde gerichtet worden war.

Fast zwei Jahrhunderte lang waren die (Südlichen) Niederlande ein Teil der spanischen Monarchie gewesen. Ein Regierungsproblem solcher zusammengesetzten Staaten war die Abwesenheit des Monarchen und einer Hofhaltung, die Patronage ausüben konnte⁸. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts machte dieses Problem sich auch in den Niederlanden bemerkbar. Darum ließen sich die Monarchen durch einen Statthalter oder eine Statthalterin vertreten. Seit 1522 bekam diese ursprünglich zeitlich begrenzte Lösung einen permanenten Charakter. Mit Ausnahme von den souveränen Erzherzögen Albrecht und Isabella (1598–1621) hat kein einziger Fürst zwischen 1559 und 1781 mehr Fuß auf niederländischen Boden gesetzt, wodurch die Statthalter immer wichtiger wurden, um die Untertanen an das Fürstengeschlecht zu binden. Dabei erachteten es die Einwohner der Niederlande als ihr Vorrecht, von den Angehörigen des Fürstenhauses regiert zu werden. Generell wurde diese Tradition bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts in Ehren gehalten, aber seitdem Spanien immer öfter um Infanten und Infantinnen verlegen war, wurden auch Diplomaten oder ranghohe Militärs zu Statthaltern ad interim ernannt. Sie hatten kaum Kenntnisse von der Konstitution, der Sprache und den Gepflogenheiten des Landes und mussten unter sehr schwierigen finanziellen Bedingungen arbeiten⁹. Diese Schwächung der Zentralverwaltung in den Spanischen Niederlanden verlief parallel zum Machtverlust der gesamten spanischen Monarchie.

⁶ Zum Barrierevertrag: *van Nimwegen*, Dutch Barrier, v. a. 165–166; Österreichische Staatsverträge: Niederlande, Bd. 1, 430–502 (mit dem Vertragstext). Obwohl seit Ende 1716 in Den Haag und Brüssel über eine Mäßigung der Bestimmungen des Barrierevertrags verhandelt wurde, wurde durch das Abkommen vom 22. Dezember 1718 die finanzielle Last nicht wesentlich verringert: Österreichische Staatsverträge: Niederlande, Bd. 1, 531–573.

⁷ *Hasquin*, Periode van saneringen, 73–79.

⁸ *Elliot*, Composite Monarchies, 55.

⁹ *De Schepper/Vermeir*, Landvoogd, 195–200; *Bernard*, Reform und Modernisierung, 264.

Als Österreich 1716 das Herrschaftsgebiet übernahm, hofften viele Untertanen, dass der Kaiser die alte Tradition von Statthaltern mit königlichem Blut wieder aufgreifen würde. Karl VI. hatte zu diesem Zeitpunkt zwei ledige Schwestern, die theoretisch perfekt für diese Funktion in Betracht kamen. Nach Margarethe Kalmár hätten unter anderem die Delegationen der Stände von Brabant und Flandern, die im Frühjahr 1716 nach Wien gereist waren, um gegen den Barrierevertrag zu protestieren, die Ernennung einer Erzherzogin befürwortet¹⁰. Karl VI. hatte aber schon 1715 Eugen von Savoyen als Generalstatthalter vorgesehen. Die Ernennung von Prinz Eugen – ein siegreicher General, aber selbst kein Spross der Habsburgerdynastie – war trotz dieses Mangels eine große Ehre für die Niederlande. Außerdem war er Angehöriger eines souveränen Fürstengeschlechts und hatte spanisches und französisches königliches Blut in den Adern. Dennoch entstand ein großes Problem: Durch den aufflackernden Kampf gegen das Osmanische Reich war seine Anwesenheit auf dem Schlachtfeld dringlicher als seine Reise nach Brüssel. Von Anfang an war absehbar, dass es noch eine geraume Zeit dauern würde, bevor der frisch ernannte Statthalter in die Südlichen Niederlande reisen könnte. Daher wurde Ercole Turinetti, Marquis von Prié, als bevollmächtigter Minister ausgewählt, um während Eugens Abwesenheit in Brüssel die Regierung aufzunehmen¹¹. Trotz wiederholter Versprechen und vieler Bittschriften der südniederländischen Untertanen wurde Eugen während seiner Statthalterschaft nie in den Südlichen Niederlanden residieren¹². In diesen Jahren musste der bevollmächtigte Minister das südniederländische Schiff in der aufgewühlten See auf Kurs halten, während er gleichzeitig finanziell in Bedrängnis war. Die Ernennung Priés ist im Nachhinein betrachtet eine unglückliche Wahl gewesen. Er hatte keine Regierungserfahrung und kaum Verständnis für die Befindlichkeit des Landes und seiner Stände. Außerdem geriet er sehr schnell in einen Konflikt mit dem hohen Adel, der durch die institutionelle Organisation dieser Regionen begünstigt wurde.

Neben der Ernennung eines Stellvertreters für den abwesenden Monarchen war die Reorganisation des zentralen Regierungssystems die zweite Priorität des neuen Regimes. Auch über diesen Punkt wurde schon 1715 in der Geheimen Konferenz, dem höchsten Beratungsgremium der österreichischen Monarchie, debattiert¹³. Es dauerte dennoch bis März 1718, bis Karl

¹⁰ Kalmár, Kulturgeschichtliche Studien, 135.

¹¹ Pichorner, Patente und Instruktionen, 133–142; Braubach, Prinz Eugen, 121–124. Zu den Ernennungspatenten von Eugen von Savoyen und dem Marquis von Prié, die auf den 25. bzw. 30. Juni datiert sind vgl. Instruktionen und Patente, 76–79 u. 111–114. Schon am 23. Oktober 1709 hatte Karl, damals noch als Karl III. von Spanien, Eugen zum Statthalter der Niederlande ernannt, aber dieses Patent blieb folgenlos, weil der damalige Kaiser, Joseph I., seinen besten General nicht abreisen lassen konnte (ebd., 38–41).

¹² Braubach, Prinz Eugen, 126–128.

VI. eine Entscheidung traf. Die Kernfrage war, welchem institutionellen Vorbild er folgen sollte: dem spanischen, dem anglo-batavischen oder dem Vorbild der Regierungszeit des Philipp von Anjou. Das polysynodiale Verwaltungssystem der Spanischen Niederlande bestand aus drei Kollateralräten (Staatsrat, Geheimer Rat und Finanzrat), die seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts tätig waren. Die vielen Zuständigkeitskonflikte wirkten sich lähmend auf die Regierungstätigkeit aus, vor allem in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Während der kurzen Regierungszeit von Philipp von Anjou oder Philipp V. von Spanien in den Südlichen Niederlanden, dem sogenannten „Anjou-Regime“ (1700–1706/11), geriet dieses System zunehmend in die Kritik und die Vielzahl der Räte wurde zu beschränken versucht. Dem „starken Mann“ Graf Bergeyck gelang es 1702, die Kollateralräte durch einen *Conseil Royal* zu ersetzen, der die Kompetenzen seiner drei Rechtsvorgänger kombinierte. Die Hauptzielsetzung dieser Rationalisierung war neben finanziellen Einsparungen vor allem auch eine schnellere Erledigung der Akten. Daneben wurde nach französischem Modell ein permanentes System von Intendanten und Subdelegierten eingeführt, die als Vertreter der zentralen Regierung mit Kontrollaufträgen im administrativen und finanziellen Bereich in die Provinzen geschickt wurden¹⁴. Nach der Schlacht bei Ramillies am 23. Mai 1706 wurde das Anjou-Regime in großen Teilen der Südlichen Niederlande durch das Anglo-Batavische Kondominium ersetzt. Die neuen Machthaber kehrten nur teilweise zu den alten Verwaltungsstrukturen zurück: Der Staatsrat und der Finanzrat wurden wieder errichtet, der Geheime Rat und das Intendantensystem nicht. Der Staatsrat verlor jedes Entscheidungsrecht und wurde der Konferenz untergeordnet, einem Ausschuss aus Vertretern der Seemächte, der in allen Staatsangelegenheiten das letzte Wort hatte¹⁵. Ganz neu war aber, dass dem hohen Adel mit nicht weniger als vier Ernennungen in den Staatsrat zum ersten Mal seit siebzig Jahren wieder eine prominente Stellung in der zentralen Landesregierung zugewiesen wurde. Auf diese Weise wollte man einige Offiziere für erbrachte Leistungen belohnen und versuchen, die Angehörigen des hohen Adels, die in ihrer Loyalität zwischen Philipp V. und Karl VI. schwankten, ganz an das neue Regime zu binden¹⁶.

¹³ Siehe zum Beispiel das erhellende Referat von der Geheimen Konferenz vom 11. November 1715: Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (im Folgenden: HHStA), Staatskanzlei: Vorträge an den Kaiser, 20/VI–XII, fol. 118r–125v.

¹⁴ *De Schryver*, Jan van Brouhoven, 310–328; *ders.*, Koninklijke Raad; *Hasquin*, Intendants, 184–189; *Vandenbulcke*, Intendanten.

¹⁵ *Veenendaal*, Engels-Nederlands condominium, 41–53.

¹⁶ 1709 wurde die Gruppe von Adeligen durch zwei zusätzliche Ernennungen noch verstärkt: *Alix*, *Critères de sélection*, 326–327. Philipp IV. hatte in den Jahren 1632–1634 als Reaktion auf eine adelige Verschwörung gegen seine Regierung in den Südlichen Niederlanden den hohen Adel als politische Macht im Staatsrat beseitigt: *Vermeir*, *Ambition du pouvoir*, 89–113.

Das neue institutionelle System, so wie es 1718 etabliert wurde, war vor allem von den Reformen des Grafen Bergeyck inspiriert. Sowohl der Marquis von Prié als auch Eugen von Savoyen, der 1717 errichtete Höchste Rat der Niederlande in Wien und die Geheime Konferenz, die alle ihre Meinung zu dieser Angelegenheit äußerten, bevorzugten ein System mit einem unifizierten Beratungsorgan nach dem Vorbild des *Conseil royal*¹⁷. Karl VI. folgte diesem Votum mit einem Reglement, das er am 29. März 1718 erließ. Er befahl einen Staatsrat zu errichten, der sowohl die Innenverwaltung als auch die Justiz, die Polizei, das Begnadigungswesen und die Finanzen zu seinem Aufgabenbereich rechnen konnte. Das Finanzressort wurde nun von einem Generaldirektor (*directeur-général des finances*) geleitet, zusammen mit einem Korps von Intendanten und Subdelegierten. Dieser Direktor erhielt auch einen Sitz im Staatsrat. Dieses Gremium sollte sich an zwei Tagen pro Woche finanziellen Angelegenheiten widmen¹⁸. Bis dahin folgte Karl VI. den Anträgen von Prié, der als leidenschaftlicher Bewunderer des Grafen Bergeyck das Staatsmodell von 1702 imitieren wollte.

Einige andere Empfehlungen des Marquis wurden hingegen nicht befolgt. So hatte Prié vorgeschlagen, nur Juristen in den Staatsrat zu berufen. Er erwartete zu viele Probleme durch die Anwesenheit des hohen Adels. Einer der wichtigsten Gründe seiner Ansicht war die Tatsache, dass die hohen Adeligen oft auch in den Ständen von Brabant einen Sitz erhielten und beide Funktionen inkompatibel seien. Als Mitglied der Versammlung der Stände hätten sie ängstlich versucht, ihre Privilegien zu verteidigen oder zu erweitern. Zugleich habe der Staatsrat auch über die Autorität des Gouvernements wachen müssen. Dennoch folgte der Kaiser dem entgegengesetzten Ratschlag des Statthalters und des Höchsten Rates: Neben drei Juristen wurden 1718 auch drei hochadelige Ratsherren ernannt. Drei andere Adelige bekamen das Vorrecht, bei einem zeitlich begrenzten Verbleib in Brüssel auch – ehrenamtlich – im Staatsrat zu assistieren. Alle drei verweigerten aber ihren Sitz im neuen Rat, solange Prié den Vorsitz innehatte. Nach de Hemptinne haben Priés Unzufriedenheit mit der Aufnahme der Adeligen in den Rat und seine Äußerungen über ihren Mangel an Befähigung und Objektivität sie äußerst verletzt¹⁹. Es ist aber auch möglich, dass diese Adelligen

¹⁷ Vortrag Geheime Konferenz, 5. Dezember 1717: Algemeen Rijksarchief Brussel/Archives générales du Royaume, Bruxelles (im Folgenden: ARA), Département van de Nederlanden van de Hof- en Staatskanselarij te Wenen/Département des Pays-Bas de la Chancellerie de Cour et d'État (im Folgenden: DN), 583. In diesem Vortrag, bestehend aus 28 Fragen, äußert nicht nur die Geheime Konferenz ihre Meinung, auch die Ansichten des bevollmächtigten Ministers und des Höchsten Rates der Niederlande werden besprochen. Siehe auch: Prié an Eugen, 18. April 1717: HHStA, Belgien DD B – Rote Nummer, 92b; Eugen an Karl VI., 22. Mai 1717: ARA, DN, 36; Vortrag des Höchsten Rates der Niederlande, 5. Oktober 1717: ARA, DN, 612. Das Reglement vom 29. März ist herausgegeben in: *Recueil des ordonnances*, Bd. 3, 97–101.

¹⁸ Für mehr Informationen: *de Hemptinne*, *Conseil d'État Unique*, 29–49; *Van Gelder*, *Héritage anjoui*, 66–70.

den Marquis als einen Parvenü betrachteten²⁰. Der Grund für die Aufnahme des hohen Adels scheint derselbe zu sein wie während des Kondominiums. Vor allem auf regionalem Gebiet und besonders innerhalb der Stände blieb er ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden musste. Der Kaiser wollte sich wahrscheinlich die Unterstützung dieser Gruppe sichern, um auf diese Weise eine getreue Machtbasis zu schaffen²¹. Die Existenz einer Gruppe Adelliger, die während und nach dem Erbfolgekrieg eine Regierung des Philipp von Anjou bevorzugte, hatte sicher zu dieser Entscheidung beigetragen²².

Zwischen den Adeligen und dem bevollmächtigten Minister kam es zu einer Kraftprobe. Erstere argumentierten, dass der neue Staatsrat nicht nur beratend sei, sondern auch Entscheidungsmacht habe. Der Minister sollte immer der Mehrheit der Stimmen folgen müssen, und während seiner Abwesenheit solle der Rat deliberieren können, ohne ihn davon zu verständigen. Prié sah ein, dass das Gouvernement bedeutend an Macht einbüßen würde, wenn die Ratsherren diese Punkte durchsetzen würden. Er setzte sich für das Vorrecht ein, auch dem *sanior pars* folgen zu können, und wünschte deutliche Direktiven für die Arbeit des Rates während seiner Abwesenheit, da er in absehbarer Zeit für die Unterzeichnung des angepassten Barrierevertrags nach Den Haag reisen musste. Hier standen sich zwei entgegengesetzte Staatsauffassungen gegenüber. Der bevollmächtigte Minister vertrat eine eher autoritäre Auffassung von der Staatsmacht, während die adeligen Ratsherren in den traditionellen Ständeauffassungen verwurzelt waren und die Privilegien der Provinzen und der oberen Schichten der Gesellschaft verteidigten. Auf Drängen des Statthalters hin gab Kaiser Karl VI. dem Minister in zwei Schreiben Recht. Bald danach erließ er lange Vorschriften für den Staatsrat, um alle Uneindeutigkeiten auszuräumen²³. Damit waren die Probleme aber noch nicht definitiv gelöst. Der Marquis von Prié wurde mit der Opposition des nahezu ganzen Staatsrates gegen seine Wirtschaftspolitik konfrontiert. Um die Finanzen wieder zu sanieren, verteidigte er die Idee,

¹⁹ *De Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 94. Die Abwesenheit des Herzogs von Arenberg, des Marquis von Merode-Westerloo und des Prinzen de Ligne kann aus den Anwesenheits- und Resolutionsregistern des Staatsrates abgeleitet werden: ARA, Raad van State/Conseil d'État, 92 u. 93. Als Daun Priés Auftrag übernahm, nahmen Arenberg und de Ligne ihren Sitz wieder ein.

²⁰ Prié war ein geborener Piemonteser, dessen Familie erst im Laufe des 17. Jahrhunderts einen Adelstitel erhielt: *Sandri-Giachino*, Ercole Turinetti, 679–684.

²¹ Dies war auch ein Kennzeichen der zusammengesetzten Staaten: *Elliot*, *Composite Monarchies*, 56–57 u. 69.

²² Zum Schwanken des süd-niederländischen Adels zwischen Philipp V. und Karl VI. während des Erbfolgekriegs: *Van Gelder*, *Divided Loyalties*, 59–76.

²³ Karl VI. an Eugen, Depeschen vom 10. September 1718: HHStA, Belgien DD A – Kaiserliche Depeschen (im Folgenden: Depeschen), 2; kaiserliche Instruktion vom 4. Januar 1719: ARA, DN, 612; gedruckt in: *Recueil des ordonnances*, Bd. 3, 147–154. Siehe auch *de Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 53–59; *de Boom*, *Ministres plénipotentiaires*, 18–24.

die Staatseinnahmen in Pacht zu geben, aber genau wie bei seiner Suche nach neuen Erwerbsquellen stieß er bei diesem Vorhaben auf den Widerstand der Ratsherren, die dabei oft von den Provinzialständen unterstützt wurden. Die Diskussionen zogen sich ergebnislos hin, so dass die ursprünglichen Zielsetzungen der neuen institutionellen Organisation (Rationalisierung, Abbau der Administration und schnellere Beschlussfassung) nicht erreicht wurden²⁴.

In einem Punkt bekam der Marquis Recht. Durch den heftigen Widerstand gegen die Intendants, die mit dem französischen Despotismus gleichgesetzt und deren Aufträge als Verstöße gegen die regionale Autonomie gesehen wurden, wurden diese Amtsträger nie ernannt²⁵. Inzwischen konnte Prié die Mitglieder des Finanzrates, die eigentlich entlassen worden waren, provisorisch weiterarbeiten lassen²⁶. Entgegen den kaiserlichen Absichten wurde diese Situation bis 1725 aufrechterhalten, wodurch Prié ein zusätzliches Departement bekam, das zur großen Unzufriedenheit des Staatsrates mehr oder weniger unter alleiniger Führung von Prié operierte.

Die Position des bevollmächtigten Ministers wurde jedoch allmählich unhaltbar. Seine Macht im Staatsrat war beschränkt, und verschiedene Autoren berichten über seine große Unpopularität²⁷. Die vehemente Niederschlagung einiger städtischer Aufstände, unter anderem in Brüssel und Mechelen, spielte dabei eine große Rolle. Es gab auch Beschwerden über Piés Bestechlichkeit und über seine zu langsame Berichterstattung. Im August 1724 gab ihm eine adelige Intrige, eingefädelt vom Grafen de Bonneval, den Gnadenstoß und läutete seinen Untergang ein. Mit dem Angriff auf den Marquis wurde auch eine alte Rechnung mit seinem Gönner, Eugen von Savoyen, beglichen. Obwohl es Prié gelang, Bonneval zu verhaften, und Karl VI. den Grafen vor das Militärgericht brachte, ergriff der Adel die Partei des Intriganten. Hinter den Kulissen spielte sich aber viel mehr ab. Nicht zufällig fiel dieses Komplott des Adels mit der immer lauter werdenden Kritik des Höchsten Rats der Niederlande an Prié und mit Beschwerden aus Brüssel über widerrechtlichen Geldgewinn zusammen. Wahrscheinlich stand diese Intrige im Zusammenhang mit anderen Intrigen in Wien gegen den Statthalter. Nach Braubach erkannte der Kaiser im Herbst 1724 die Notwendigkeit, an der Spitze der südniederländischen Regierung eine Veränderung vorzu-

²⁴ *De Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 60–83; *Braubach*, Prinz Eugen, 140–142. Neben den inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Prié und einigen adeligen Ratsherren gab es auch persönliche Differenzen: *de Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 90–94; *Braubach*, Prinz Eugen, 177–184.

²⁵ *Hasquin*, Intendants, 189–199; *Croon*, Orde en informatie, 148–161. Bis 1735 versuchte Karl VI. vergeblich, Intendants einzuführen.

²⁶ Karl VI. an Eugen, Depesche, 20. April 1718: HHStA, Depeschen, 2.

²⁷ *Lenders*, Zuidelijke Nederlanden, 65; *Lefèvre*, Zuidelijke Nederlanden, 176–182; *Pirenne*, Histoire de Belgique, Bd. 3, 318.

nehmen. Im November reichte Eugen seine Kündigung als Generalstatthalter ein, und kurz darauf wurde Dauns Ernennung verkündet. Damit war auch über Priés Schicksal entschieden²⁸.

Die Einrichtung des Hofstaats

Die Urkunde, die Graf Wirich Philipp Lorenz von Daun (19. Oktober 1669–30. Juli 1741) zum Statthalter ad interim in den Österreichischen Niederlanden ernannte, wurde am 27. Januar 1725 ausgestellt²⁹. In jenem Augenblick war schon die Entscheidung gefallen, Erzherzogin Maria Elisabeth, Karls älteste Schwester, zur Statthalterin zu ernennen. Offiziell bezeichnete der Kaiser das raue Winterklima als ungeeignet für ihre Reise nach Brüssel³⁰. Vermutlich war der wichtigste Grund für die Ernennung eines Statthalters ad interim die Notwendigkeit, vor der Ankunft der politisch unerfahrenen Statthalterin die Verwaltung zu ordnen und die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen. Dafür war Daun wie geschaffen, weil er sich sowohl im militärischen wie auch im behördlichen Bereich bewährt hatte. Zu Beginn seiner Karriere schlug er eine militärische Laufbahn ein und errang großen Ruhm bei der Verteidigung von Turin am 26. Mai 1706 im Spanischen Erbfolgekrieg. Als er auch 1707 bei Neapel weitere Erfolge feiern konnte, ernannte König Karl III. von Spanien ihn aus Dank zum Feldmarschall. Von 1713 bis 1719 residierte er als Vizekönig in Neapel, um anschließend als Oberster Land- und Hauszeugmeister und Stadtkommandant von Wien in die Hauptstadt zurückzukehren³¹. Obwohl seine finanziellen Ressourcen begrenzt waren, konnte er sein Image mit zahllosen Ehrentiteln aufpolieren. So war er seit 1710 titeltragender Prinz von Thiano, *Grande de España* und seit 1712 Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies³². Daun war sowohl ein versierter und erfolgreicher Befehlshaber als auch ein erfahrener Vertreter der kaiserlichen Interessen in dessen Provinzen. 1725 erschien er demnach für die Rolle des interimistischen Statthalters prädestiniert. Durch die vertrackte Finanzlage, die Konflikte mit dem Adel und die Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben war das Amt aber alles andere als attraktiv.

²⁸ *Braubach*, Prinz Eugen, 184–206; *Benedikt*, Alexander von Bonneval, 48–77; *de Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 94–98 u. 120 f.

²⁹ Instruktionen und Patente, 127–130. Vom 27. Januar stammen zwei Instruktionen für Daun, eine geheime und eine nicht geheime, in denen v. a. die gewöhnlichen Klauseln in Bezug auf die Regierung enthalten sind: ebd., 131–141 u. 170–193. Am 24. Januar war daneben auch eine erste geheime und spanischsprachige Instruktion erstellt worden, in der Daun einige besondere Aufträge bekam: ebd., 141–170.

³⁰ Instruktionen und Patente, 143: Artikel 1 der geheimen Instruktion vom 24. Januar 1725.

³¹ *Benedikt*, Daun, 529–530. Auch wenn der Beitrag nur kurz ist, so ist es dennoch merkwürdig, dass Dauns Amtszeit in Brüssel mit keinem Wort erwähnt wird.

³² *Barker*, Daun Family, 129 f.

Neben seinen gewöhnlichen administrativen und politischen Aufgaben musste Graf Daun, laut Artikel 15 einer geheimen Instruktion vom 24. Januar 1725, auch organisatorische Pflichten erfüllen und die Statthalterschaft der österreichischen Erzherzogin Maria Elisabeth vorbereiten³³. Dadurch vereinte er in der kurzen Zeit zwischen dem 15. Februar und Oktober 1725 gleich mehrere höfische und politische Ämter in seiner Person. Als Obersthofmeister musste er den niederländischen Teil des Hofstaates zusammenstellen, Bewerbungen prüfen und Kandidaten auswählen. Außerdem musste er ein Zeremoniell für den Hof entwerfen, das bereits vor dem Einzug der Statthalterin feststehen würde. Parallel verhandelte er mit den Ständen über die Finanzierung und leitete die politischen Geschäfte der Österreichischen Niederlande. Für all diese Aufgaben stand Daun in engem brieflichen Kontakt mit dem Vorsitzenden des spanischen Staatssekretariats, Marques de Rialp, und der Hofkonferenz, dem für die Vorbereitung der Statthalterschaft zuständigen Arbeitskreis. Der Wiener Obersthofmeister Graf Sinzendorf war sein Ansprechpartner in zeremoniellen Fragen. Konkret erhielt er vom Kaiser die schier unlösbare Aufgabe, während seiner begrenzten Amtszeit einen Überblick über die Finanzen zu erstellen, und die von Prié versäumten Bilanzen der Jahre 1717 bis 1723 vorzulegen³⁴. Bei allen Stellenbesetzungen musste er Rücksprache mit dem Wiener Hof halten; nur in eiligen und unproblematischen Angelegenheiten durfte er selbstständig handeln, dabei aber nie die grundsätzlichen kaiserlichen Intentionen missachten³⁵. Sein Handlungsspielraum war stark eingegrenzt; bei jeder wichtigen Entscheidung war er auf eine schnelle Antwort aus Wien angewiesen. Doch sowohl die zögerliche Haltung des Kaisers als auch die ungenau definierten Kompetenzen im Höchsten Rat der Niederlande blockierten einen zügigen Informationsfluss und ließen Daun in Brüssel immer ungeduldiger werden³⁶. Da Daun auch regelmäßig mit dem Obersthofmeister des Kaisers, Graf Sinzendorf, korrespondierte, der ihn unabhängig und zum Teil widersprüchlich zu den Depeschen des Höchsten Rates instruierte, gab es Missverständnisse über die kaiserlichen Wünsche. Daun wusste nicht, ob der Höchste Rat, also die offiziell für ihn zuständige Wiener Behörde, oder der dem Kaiser viel näher stehende Obersthofmeister dessen Wünsche am ehesten vertrat³⁷.

Die Statthalterschaft der Erzherzogin in Brüssel wurde zentral vom Wiener Hof in den Hofkonferenzen vorbereitet. Dies war die übliche Vorgehens-

³³ Instruktionen und Patente, 157 f.

³⁴ Artikel 37 und 38 der Geheiminstruktionen des Kaisers für Interimsstatthalter Graf Daun vom 27. Januar 1725, in: ebd., 170–193, 188 f.

³⁵ Artikel 15 der allgemeinen Instruktionen des Kaisers für Interimsstatthalter Graf Daun, in: ebd., 131–141, 139.

³⁶ Vgl. beispielsweise Daun an Rialp, 3. Juli und 3. August 1725: HHStA, Belgien DD A – Berichte (im Folgenden: Berichte), 18.

³⁷ Daun an Rialp, 12. Juni 1725: HHStA, Berichte, 18.

weise bei der zeremoniellen und personellen Vorbereitung außerplanmäßiger Ereignisse, wie etwa auch Hochzeiten oder Begräbnisse. Daun nahm an den beiden ersten Konferenzen im Januar 1725 teil und reiste dann nach Brüssel. Die Konferenzen wurden protokolliert und die Abschriften dann dem Kaiser vorgelegt. Karl VI. hatte meistens kaum etwas hinzuzufügen und unterzeichnete alle Protokolle mit einem *Placet*, um seine Zustimmung zu geben. Die Teilnehmer waren der Obersthofmeister der Kaiserin Elisabeth Christine, Fürst von Cardona, der Hofkanzler und spätere Obersthofmeister Philipp Graf von Sinzendorf, der Oberstallmeister Fürst von Schwarzenberg, der Oberkämmerer Graf von Cobenzl und Vizekammerpräsident Graf von Petshoroiz und die beiden Kammerräte Imbsen und Wanner³⁸. Sie waren aufgrund ihrer Kenntnisse in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld zu den Konferenzen gebeten worden und hatten enorme Entscheidungsfreiheit. Sie erstellten Listen über die benötigten Hofämter in Brüssel und bestimmten, wie viele Personen erst in Brüssel und wie viele bereits in Wien eingestellt werden sollten. Nachdem Daun den Grundstock für seine Arbeit selbst legen konnte, reiste er am 28. Januar nach Brüssel.

Daun war bei allen seinen Aufgaben vor das elementare Problem gestellt, dass er praktisch allein mehrere Ämter ausfüllen musste: Er war Generalgouverneur, Obersthofmeister, Erster Minister und Hoffourier in Personalunion. Gleichzeitig stand er unter großem zeitlichen Druck, da er rechtzeitig zur Ankunft der Statthalterin alle Aufgaben erfüllt haben musste, ohne den konkreten Stichtag zu kennen. Bis in den Sommer 1725 hinein blieb das Ankunftsdatum der Erzherzogin ungewiss.

Daun wählte die Wohnräume für die zukünftige Statthalterin selbst aus und überwachte auch die Einrichtung; das war üblicherweise die Aufgabe eines Hoffouriers. Auf die Wünsche der Erzherzogin nahm er zunächst keine Rücksicht – die Ausstattung erfolgte dem Stand seiner Bewohnerin entsprechend. Zu Beginn wohnte Daun selbst im Brüsseler Palais auf dem Coudenberg; er residierte dort als Interimsstatthalter. Etwa zwei Monate vor der Ankunft der Erzherzogin plante er seinen Auszug, um den Renovierungs- und Einrichtungsarbeiten nicht im Weg zu sein³⁹. Die Erzherzogin erhielt die beste Wohnung: Sie hatte mehrere Vorzimmer, ein Antichambre für öffentliche Schauessen, einen Spiegelsaal und ein Schlafzimmer. Ihr Privatgemach lag in der ersten Etage und hatte Ausblick auf den Garten⁴⁰.

Bei der Einrichtung der erzherzoglichen Wohnräume waren nicht nur praktische Aspekte, wie etwa die farbliche Gestaltung und die Auswahl der Möbel, relevant. Graf Daun musste die Wohnung im richtigen Umfeld positionieren, so dass der Zutritt zur Statthalterin durch mindestens vier Vor-

³⁸ HHStA, Zeremonialprotokolle, 13, fol. 4v–8v u. 10r–24v.

³⁹ Daun an Rialp, 12. Juni 1725: HHStA, Berichte, 18.

⁴⁰ Vgl. ARA, Kaarten en Plannen/Cartes et plans, 510 (Mikrofilm Nr. 3171).

räume in verschiedenen Ebenen regulierbar war. Damit konnte der Rang eines Besuchers visualisiert und seine Bedeutung und Stellung im Bezug zur Erzherzogin verdeutlicht werden. Die Funktion der Vorzimmer für das höfische Zeremoniell darf nicht unterschätzt werden.

Eine weit kompliziertere Aufgabe von Daun war die Auswahl und Einrichtung der Zimmer für die Hofdamen. Damit war der ehemalige Militär- und Stadtkommandant von Wien restlos überfordert. Er kannte sich mit der Einrichtung der Frauenzimmer in der Hofburg nicht aus – der Zutritt dort war ihm strengstens untersagt und wurde von der Obersthofmeisterin des jeweiligen Frauenhofstaates überwacht. Deshalb erbat er die Mithilfe eines Hofbeamten, der für die Einrichtung und andere praktische Probleme zuständig war.

Die Hofkonferenz hatte im Sinne des Kaisers beschlossen, einen Großteil der Güter, die für die Erzherzogin noch angeschafft oder produziert werden mussten, vor Ort in den Österreichischen Niederlanden zu beschaffen, *andurch auch selbigen Unterthanen einen Pfennig geldt zu verdienen zu geben, Mithin ihre Liebe desto mehr zu gewinnen und an sich zu ziehen*⁴¹. Diese Taktik war nicht ungewöhnlich, denn nach der unglücklich verlaufenen Statthalterschaft von Prinz Eugen und seinem Vertreter, dem Marquis von Prié, musste der Kaiser alles daran setzen, seine Schwester bei Volk und Ständen beliebt zu machen. Allerdings lagen diesem Vorgehen auch praktische Überlegungen zugrunde, denn ein Transport dieser Güter in die Österreichischen Niederlande hätte zusätzliche Kosten bedeutet. Die Stände würden mit den Subsidien für den Hof freigiebiger umgehen, wenn sie bemerkten, dass die neue Statthalterin das Geld in die eigene Wirtschaft investierte und die südniederländischen Handwerker und Kaufleute davon profitierten. Allerdings gestaltete sich die Umsetzung dieser gutgemeinten Regelung schwieriger als erwartet: Im Juli berichtete Daun, die Herstellung der Kutschen in Brüssel schreite nur sehr langsam voran, *weilen keine modellen darzu seyend, und ohne solche die handwerkher Leuth die arbeit nicht recht begreifen wollen*⁴². Dauns Enttäuschung über die niederländischen Handwerker hatte aber vor allem mit der schlechten Kooperation zwischen Wien und Brüssel zu tun. Konkrete Anweisungen, Modelle und Pläne bezüglich der Wohnungseinrichtung und Ausstattung fehlten und kamen erst allmählich aus Wien an. Immer wieder forderte Daun professionelle Hilfe von der Wiener Zentrale an, da er alleine überfordert war. Am 14. August endlich nahte die Erlösung: Der angeforderte Hofkontrolleur Peter Paul Kölbl traf endlich ein. Allerdings hatte er vom Wiener Hof keine Instruktionen erhalten und wusste nicht, welche Dienstboten wo wohnen sollten. Enttäuscht

⁴¹ HHStA, Zeremonialprotokolle, 13: Hofkonferenz vom 16. Jänner 1725, fol. 8r.

⁴² Daun an Sinzendorf, 27. Juli 1725: HHStA, Ältere Zeremonialakten (im Folgenden: ÄZA) 32, Konv. 20, fol. 31r.

und verärgert schrieb Daun nach Wien: *il est fort peu entendu dans son metier ne sachant pas qui doit être logé ou non*⁴³. So musste Daun weiter improvisieren.

Eine weitere wichtige Aufgabe von Daun in Brüssel war die personelle Aufstellung des Hofstaats für Erzherzogin Maria Elisabeth. Die Größe des Statthalterhofes wurde bereits in der ersten Sitzung der Hofkonferenz skizziert⁴⁴. Nach geringfügigen Änderungen durch den Kaiser und die Erzherzogin, die die Einrichtung ihres Hofstaats genau verfolgte, ergaben sich 266 Stellen⁴⁵. Damit bewegte sich der Hofstaat des erzherzoglichen Statthalterhofes in der Größenordnung eines Kaiserinwitwenhofes, also der größtmöglichen Form eines selbstständigen Frauenhofes, was für Maria Elisabeth in zeremonieller Hinsicht eine enorme Aufwertung bedeutete. Am Wiener Hof hatte sie sich mit ihrer Schwester Maria Magdalena einen Hofstaat teilen müssen; dort verfügten sie nur über 38 Hofangestellte⁴⁶.

Die Größe des Hofes und die dortige Aufgabenverteilung orientierten sich am Vorbild des Wiener Hofes und nahmen keinen direkten Bezug auf den letzten fürstlichen Statthalterhof in den Südlichen Niederlanden im 17. Jahrhundert. Eine Kontinuität kann aber auf der Ebene der höfischen Kultur beobachtet werden, da der Hof in Brüssel seit der Eheschließung von Maximilian von Habsburg und Maria von Burgund ein burgundisch-habsburgischer Hof war⁴⁷. Alle habsburgischen Höfe der Frühen Neuzeit, ob in Madrid, Brüssel oder Wien, pflegten mehr oder weniger stringent das vormalig in Brüssel praktizierte Zeremoniell. Dabei variierte die personelle Zusammensetzung des Hofstaats von Stadt zu Stadt deutlich. Bei der Analyse der Personalstruktur von Maria Elisabeths Hofstaat konnte eine starke Anlehnung an die Hofstrukturen der Wiener Kaiserinwitwen festgestellt werden. Diese Anlehnung hatte zunächst praktische Gründe: Die Mitglieder der Hofkonferenz in Wien mussten eine Liste des benötigten Personals erstellen und mit der Stellenbesetzung beginnen, ohne Zugang zu den alten Unterlagen des Hofes in Brüssel zu haben. Denn so sehr der Kaiser und die spanisch-niederländischen Minister auch Kontinuität zur spanischen Herr-

⁴³ Daun an Rialp, 14. August 1725: HHStA, Berichte, 18; Daun an Sinzendorf, 22. August 1725: HHStA, ÄZA 32, Konv. 20.

⁴⁴ Notizenhafte Aufstellung in: HHStA, ÄZA 32, Konv. 23-3, fol. 5-8.

⁴⁵ Diese Anzahl ist eine vom Minimum ausgehende Schätzung, die eventuell nach oben korrigiert werden muss. Außerdem schwankt die Größe des Hofstaats während Maria Elisabeths Statthalterschaft (1725-1741) leicht. Die Zahl ergibt sich aus dem Vergleich mehrerer Hoflisten in Wien und Brüssel. Vgl. HHStA, ÄZA 32, Konv. 23-3 (1725 Januar 16-Juli 31), fol. 99-146; ARA, Secrétaire van State en Oorlog/Secrétaire d'État et de Guerre (im Folgenden: SSO), 1489/5: Registre aux nominations de ces employés 1725-1728.

⁴⁶ Kubiska, Der kaiserliche Hof- und Ehrenkalender, 59.

⁴⁷ Vgl. Zolger, Hofstaat, 48; Houben, Wisselende gedaanten, 37-42; Hofmann-Randall, Herkunft und Tradierung. Die Kontinuität und Definition des burgundisch-spanischen Hofzeremoniells ist in der Forschung umstritten.

schaft herstellen wollten, sie kannten den Hof nicht, den sie zu kopieren wünschten. Der einzig mögliche Referenzpunkt war der Hof der letzten weiblichen Statthalterin, der Infantin Isabella, die neunzig Jahre zuvor gelebt hatte. Wien hatte eine vage Vorstellung von diesem Hof, doch konkrete Unterlagen, die man für Maria Elisabeths Hofstaat nutzen konnte, gab es nicht⁴⁸. In dem Bewusstsein, Brüssel sei schon immer ein verwandter Hof gewesen, wählte man den Hofstaat der Kaiserinwitwen zum Vorbild für die künftige Statthalterin in Brüssel. Dabei ist es wichtig, zwischen der Personalstruktur und dem auf die Außenwahrnehmung gerichteten Zeremoniell zu unterscheiden: Während man sich hinsichtlich des Personals konsequent an den Traditionen des Wiener Hofes orientierte, was unkompliziert und politisch vertretbar war, tat man sich hinsichtlich des Zeremoniells schwer und bemühte sich verzweifelt darum, Genaueres über das Zeremoniell am Hof der Infantin Isabella in Erfahrung zu bringen, um sich daran anlehnen zu können.

Doch trotz der Etablierung eines „österreichischen“ Hofstaats in Brüssel wünschte der Kaiser auch die Besetzung zahlreicher Stellen mit Personal aus den Österreichischen Niederlanden. Die überwiegende Anzahl der Hofangestellten wurde allerdings aus Wien mitgenommen; nur etwa 31 Prozent stammten aus den Österreichischen Niederlanden. Der Anteil der Niederländer am Statthalterhof war also begrenzt, und die Dominanz der Österreicher scheint angesichts dieser Zahl offensichtlich. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man nur die adeligen Hofmitglieder für einen Vergleich heranzieht. Nur 10,5 Prozent aller Hofmitglieder waren Adelige, also 28 Personen. Von diesen 28 Personen kamen 22 aus den Österreichischen Niederlanden, das sind 78,5 Prozent. Im Bereich der Hofehrenämter waren die Niederländer gegenüber den Österreichern deutlich in der Mehrheit.

Konkret gab es folgende Ämter zu besetzen: Der oberste Chef des gesamten Hofstaats war der Obersthofmeister und zugleich der Erste Minister Graf Julio Visconti. Obwohl er Italiener war, ist er eindeutig dem Wiener Hof zuzuordnen. Das zweite Amt in der höfischen Rangfolge war die Obersthofmeisterin, die verwitwete Gräfin von Uhlfeld. Sie war ebenfalls Österreicherin und Chefin des gesamten weiblichen Dienstpersonals, das etwa 12 Prozent des Hofstaats umfasste. Danach folgte der Oberststallmeister, ein Posten, der mit dem niederländischen Adligen Franz Philipp Prinz Rubempré besetzt wurde. Auch der Oberstküchenmeister, Graf Emanuel de Lannoy de la Motterie, war Niederländer. Alle fünf Hofkavaliere stammten aus dem niederländischen Adel, wie etwa Graf Carl von Arberg. Gleiches gilt für die neun Edelknaben, die Söhne wichtiger Adelsfamilien, die am Hof

⁴⁸ Tatsächlich galten diese Unterlagen zu dieser Zeit auch in Brüssel als verschollen, wie Daun berichtete; vgl. Daun an Rialp, 15. Mai, 8. Juni und 3. Juli 1725: HHStA, Berichte, 18; siehe auch *Houben*, Wisselende gedaanten, 31–33.

erzogen wurden. Der Frauenhofstaat war jedoch gemischt: Von den zwei wichtigen Kammerfräulein kam Maria Claudia von Trautson aus Österreich, Johanna d'Aspremont stammte aus einem niederländisch-lothringischen Adelsgeschlecht. Die erste Hofdame, Maria Anna von Schärffenberg, war Österreicherin; alle vier nachrangigen Hofdamen waren niederländischer Herkunft.

Bei der Besetzung der adeligen Hofämter lässt sich trotz der eindeutigen Überlegenheit niederländischer Amtsträger eine diametral strukturierte Hierarchie erkennen: Alle repräsentativen Ämter mit Führungscharakter und zeremonieller Bedeutung waren mit Österreichern besetzt, die Niederländer ihnen stets untergeordnet. Prinz Rubempré war der bedeutendste niederländische Adelige am Statthalterhof, da er den Obersthofmeister bei dessen Abwesenheit vertreten durfte, doch üblicherweise musste er der Obersthofmeisterin den Vortritt lassen. Auch die Reihe der Hofdamen wurde stets von einer österreichischen Adelige angeführt. Mit dieser Hierarchie brachte der Kaiser deutlich zum Ausdruck, dass der Statthalterhof letztendlich ein österreichischer Hof war, der den Machtanspruch des Hauses Habsburg gegenüber den Adeligen der Österreichischen Niederlande vertrat.

Etwa 60 Stellen wurden mit nichtadeligen Niederländern besetzt; davon entfielen 41 auf die einfachen Diener, Küchenjungen und Stallknechte. Am Hof waren nur zwei nichtadelige Frauen aus den Österreichischen Niederlanden angestellt, die als Wäscherinnen im Frauenzimmer arbeiteten. Auch vier der insgesamt sieben Mediziner am Hof waren Niederländer. Die restlichen 13 Stellen befanden sich im direkten Umfeld der Statthalterin und waren für die Einhaltung des Zeremoniells wichtig. Konkret handelte es sich um vier Kammerdiener, vier Saaltürhüter und fünf Leiblakaien. Sie führten diese Funktionen jedoch nicht allein aus: Zusätzlich besetzte der Wiener Hof zwei weitere österreichische Kammerdiener, einen österreichischen Saaltürhüter und vier zusätzliche Leiblakaien. Diese Stellen waren, wie aus den Unterlagen der Hofkonferenz und der Korrespondenz eindeutig hervorgeht, ursprünglich nicht für Österreicher vorgesehen gewesen, sondern sollten ausschließlich mit Niederländern besetzt werden. Brüsseler Angestellte kamen offensichtlich nur für die Stellen in Frage, bei denen sie Wiener Kollegen mit derselben Funktion an ihrer Seite hatten. Der Grund für diese Entscheidung war der Wunsch des Kaisers und der Hofkonferenz, das Wiener Hofzeremoniell möge auch in Brüssel weiterhin gepflegt werden. So sollte auch die Stelle des *Ceremonarius* mit einem Niederländer besetzt werden, doch die Hofkonferenz riet in einem Empfehlungsschreiben zu dem lange Jahre am Wiener Hof angestellten Augustin Gonzales. Als Grund für diese Wahl wurde angeführt, es *will doch nöthig scheinen einen, deren bey hiesigem Hoff bräuchlichen Ceremonien kündigen mit zu geben*⁴⁹; man wollte al-

⁴⁹ HHStA, ÄZA 32, Konv. 23-3, fol. 99–146 u. 102r.

so eine Garantie für die problemlose Anwendung des Wiener Zeremoniells am Brüsseler Hof. Gleiches beabsichtigte man mit der gemischten Besetzung der für das Zeremoniell so wichtigen Hofämter wie etwa das des Saaltürhüters. Die Saaltürhüter steuerten den Zugang zu den Räumen der Statthalterin und mussten sehr genau wissen, wen sie vorlassen durften und wie die betreffende Person zu behandeln und anzusprechen war. Auch die Leiblackaien hatten eine wichtige Funktion, da sie die Erzherzogin etwa auf Reisen begleiteten und ihre Sänfte trugen. Die Wiener Saaltürhüter hatten in Brüssel die Aufgabe, ihre niederländischen Kollegen anzulernen und ihre Arbeit zu kontrollieren. Damit waren die niederländischen Amtsträger ihren eigentlich gleichrangigen österreichischen Kollegen eindeutig untergeordnet.

Diese Beobachtungen zeigen deutlich, dass eine Gleichstellung von Österreichern und Niederländern nicht erwünscht war. Bei den Bemühungen, die Bevölkerung der Österreichischen Niederlande an der Statthalterschaft der Habsburger zu beteiligen, lag der Fokus auf dem Adel, der an den Hof von Maria Elisabeth gebunden werden sollte. Die zahlreichen Stellen für einfache Dienstboten wurden nur zu ganz geringen Teilen mit Niederländern besetzt. Die große Mehrheit an Niederländern findet sich nur unter den dem Adel vorbehaltenen Ehrenämtern. Dies verlangte der Kaiser auch ausdrücklich in den Instruktionen für seine Schwester⁵⁰. Dadurch hoffte der Kaiser zum einen, die Opposition des Adels zu verhindern und ihre Sympathie für den neuen Landesherrn zu wecken. Zum anderen wollte er den Adel unter den Augen der Statthalterin versammeln und ihn dadurch kontrollieren.

Im Folgenden sollen nun am Beispiel der weiblichen Ehrenämter, des Hofdamenamtes und des Amtes der Fräuleinhofmeisterin, die Entscheidungsprozesse in Wien und Brüssel erläutert werden, um die Gründe für die Hierarchie zwischen Niederländern und Österreichern genauer beleuchten zu können. Graf Daun überließ die Besetzung der Stellen für die niederen Dienstboten in Küche und Stall seinen Beamten; die Auswahl der Hofdamen und Kavaliers aber nahm er sehr ernst und darum selbst in die Hand.

Wie oben bereits angedeutet waren die Hofdamen und Kammerfräulein für das höfische Zeremoniell von elementarer Bedeutung. Sie waren nicht nur bei öffentlichen Inszenierungen wie etwa kirchlichen Prozessionen oder Schauessens an der Seite der Erzherzogin, sondern sorgten auch rund um die Uhr für Gesellschaft und Unterhaltung. Die Damen lebten am Hof und schliefen in unmittelbarer Nähe der Statthalterin; die beiden Kammerfräulein schliefen direkt in ihrem Zimmer. Sie halfen der Statthalterin beim An- und Auskleiden, bewirteten sie, beteten gemeinsam mit ihr und sprachen jeden Tag mit ihr. Der Zugang der Hofdamen und Kammerfräulein war uneingeschränkt und exklusiv, da die Hofkavaliers sich den Privaträumen der un-

⁵⁰ Vgl. Kapitel 3, Punkt 8 und 9 der Instruktion für Maria Elisabeth, in: Instruktionen und Patente, 223.

verheirateten Erzherzogin nicht nähern durften. Aus diesem Grund war das Amt auch so begehrenswert: Im Gegensatz zu männlichen Adligen am Hof von Maria Elisabeth hatten die Damen das kontinuierliche Gehör der Statthalterin und saßen im inneren Zirkel der Macht. Die politische Bedeutung dieser inoffiziellen Räume der Herrschaft ist erst in den letzten Jahren entdeckt und beleuchtet worden⁵¹. Weiter waren die Hofdamen eine Garantie für Maria Elisabeths Tugend und die Bewahrung ihrer Keuschheit. Aus diesem Grund sollten sie auch aus den besten und vornehmsten Adelsfamilien des Landes stammen.

Dazu korrespondierte Daun regelmäßig mit Wien. Der Kaiser möge ihn wissen lassen, *quels seront les appointemens qu'Elle voudra Leur donner sur tout aux Dames d'autant qu'il ne se trouver [sic!] pas dans ce Pays beaucoup de filles de qualité qui soient en Etat de soutenir la depence qu'Elle devroient faire à la Cour*⁵². Interessanterweise war die erste Anforderung, der die vorgeschlagenen Damen genügen mussten, der Zugang zu einem eigenen Vermögen. Die finanziellen Ressourcen der jeweiligen Familie waren für den Hof sehr wichtig, da diese enorme Gelder in die standesgemäße Ausstattung der Hofdame investieren musste. Die Einkünfte der Hofdamen durch ihr Gehalt deckten die unumgänglichen Kosten nicht ab; vielmehr überstieg die zu investierende Summe das Jahresgehalt bei weitem⁵³. Die Hofdamen brauchten Geld für Kleider, Wäsche und Schmuck, da sie repräsentative Aufgaben erfüllten mussten. Auf Festen, bei Empfängen und Prozessionen umgaben sie die Statthalterin und vertraten die Würde des Statthalterhofes. Diese Verpflichtungen verlangten von jeder Hofdame ein gewisses äußeres Erscheinungsbild, um als Mitglied der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Erst danach war auch die familiäre Herkunft von Belang. Die Familie musste bekannt sein und über Ansehen in den höchsten Kreisen verfügen. Für den Statthalterhof wählte Daun nur die besten Vertreterinnen des hohen Adels, damit die österreichische Erzherzogin von Anfang an mit den wichtigsten Adelsfamilien der Österreichischen Niederlande vernetzt war. Die Vernetzung mit den weniger wichtigen würde dann wesentlich leichter fallen.

Die Bewerberinnen, die Daun gegenüber traten, waren alle entweder 20 oder 21 Jahre alt, also junge Frauen im heiratsfähigen Alter. Drei Damen kamen in die engere Auswahl: Philippina de Croÿ, die Nichte des Gouverneurs vom Hennegau, Leopold Philipp von Arenberg, Maria Josepha de Hornes, die Nichte des gleichnamigen Prinzen, und Florentina de Gavre, eine Schwester des Marquis d'Aiseau⁵⁴. Alle waren von guter Erziehung, und die

⁵¹ Keller, Hofdamen, 105–115; Houben, Intimacy and Politics; Harris, Women and Politics.

⁵² Daun an Rialp, 18. Mai 1725: HHStA, Berichte, 18.

⁵³ Keller, Hofdamen, 48.

⁵⁴ Daun an Rialp, 22. Juni 1725: HHStA, Berichte, 18.

Familien verfügten über ausreichende finanzielle Mittel. Besonders reich war die Familie Hornes, von der Daun gebeten wurde, Maria Josepha zur ersten Hofdame zu machen. Denselben Wunsch hatte auch Philippina de Croÿ geäußert. Dem Namen nach waren die Familien de Croÿ, de Gavre und Hornes unter den bekanntesten und besten in den Österreichischen Niederlanden. Die vierte potentielle Hofdame war eine Empfehlung der Gräfin von Windischgrätz; sie schlug eine Tochter der Familie de Thiennes vor, der allerdings der Makel anhaftete, unter französischem Einfluss zu stehen. Der Vorschlag wurde abgelehnt – vielleicht weil Daun Loyalitätskonflikte befürchtete.

Prinz Rubempré, der Oberststallmeister, wollte ebenfalls eine Hofdame aus seiner Familie im Hofstaat der Erzherzogin sehen. Er konfrontierte Graf Daun gleich mit zwei Kandidatinnen. Zur Empfehlung von Anna Desirée de Vatteville sei der Prinz von seiner Mutter gedrängt worden; sie war seine jüngste Schwester⁵⁵. Auch sie befindet sich in der Hofstaatsliste im Brüsseler Archiv⁵⁶. Vergleicht man die Herkunft der Hofdamen mit den Familien der Hofkavaliere, so wird deutlich, dass die Damen aus weit wichtigeren und einflussreicheren Adelshäusern stammten. Auch Männer, die wichtige politische Positionen bekleideten, wie etwa Leopold Philipp Herzog von Arenberg, der Gouverneur von Hennegau und Mons, entsandten lieber weibliche Familienmitglieder in den Hofdienst, als selbst eine Stellung als Hofkavaliere anzutreten. Schon im Bewusstsein der Adligen waren die Hofdamen politisch und gesellschaftlich wichtiger als die Hofkavaliere, denn ihr exklusiver Zugang zur Macht prädestinierte sie für Patronagetätigkeiten im Interesse ihrer Herkunftsfamilien.

Des Weiteren sollte auch eine Fräuleinhofmeisterin⁵⁷ in Brüssel aufgenommen werden, doch Daun hatte keine einzige Kandidatin, die den Ansprüchen des Wiener Hofes genügen würde: *für fräulen-hofmeisterin wüßte ich dermahlen nichts vorzuschlagen, weilen in diesem Land so wenig Verwitbten von guten häußern seyen*⁵⁸. Da die Fräuleinhofmeisterin anders als die Hofdamen und Hoffräulein verwitwet sein und gleichzeitig über soziale wie finanzielle Ressourcen verfügen musste, stellte die Auswahl einer geeigneten Dame in dem relativ kleinen topographischen Adelsraum der Österreichischen Niederlande ein Problem dar.

Sinzendorf riet Daun, sich weiter nach einer Kandidatin umzuschauen, da der Wiener Hof mit den Reisevorbereitungen so weit vorangeschritten war, dass die Einstellung einer Fräuleinhofmeisterin in Wien bis zur Abreise der

⁵⁵ Sinzendorf an Daun, 4. September 1725: HHStA, ÄZA 32, Konv. 5, fol. 75r.

⁵⁶ ARA, SSO, 1489/5: Registre aux nominations de ces employés 1725–1728.

⁵⁷ Die Fräuleinhofmeisterin war eine Aufpasserin und Erzieherin für die Hofdamen und Fräulein; vgl. Keller, Hofdamen, 107.

⁵⁸ Daun an Sinzendorf, 27. Juli 1725: HHStA, ÄZA 32, Konv. 25, fol. 33v.

Erzherzogin am 4. September nicht mehr möglich war. Der Kaiser wünschte, Daun möge eine Dame im südniederländischen Adel finden und seine Suche mit Fleiß betreiben. Erst wenn die Fräuleinhofmeisterin *nach angewendetem all möglichen fleiß drunten gleich wohl nicht zu finden seyn sollte, wird Mann endlich bedacht seyn nun von hierauß eigends nach zu schicken*⁵⁹. Daun beharrte auch am 22. August noch darauf, dass eine Fräuleinhofmeisterin *von einem Convenienten hauß allhier nicht zu bekommen*⁶⁰ sei, doch schon zwei Tage später tauchte plötzlich eine geeignete Kandidatin auf: Die Comtesse de Dion le Mont hatte sich zunächst bei Dauns Ehefrau vorgestellt und war die Witwe eines vornehmen Spaniers aus gutem Hause⁶¹. Sie hatte zwei bereits erwachsene Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Über ihre Herkunft hatte Daun keine konkreten Informationen, vermutete aber keine Komplikationen. Seine Ehefrau zog allerdings Erkundigungen ein. Die Comtesse sei *nicht allein von guten personal-qualitäten sondern auch von hübschen Mitteln, also daß Sye diese charge nicht auß noth, sondern andurch sich eine Ehr zu machen ansuchet*⁶². In seiner Erleichterung, endlich eine passende Dame gefunden zu haben, schlug Daun dem Kaiser ihre sofortige Ernennung zur Fräuleinhofmeisterin vor. In der Zwischenzeit hatte der Obersthofmeister Graf Sinzendorf selbst die Suche nach einer geeigneten Dame in Auftrag gegeben, da er nicht mehr daran glaubte, dass Daun in den Österreichischen Niederlanden erfolgreich sein würde. Seine Wahl war auf die verwitwete Gräfin von Weichs gefallen, die der Kaiserin Elisabeth Christine bereits 1708 gedient und sie nach Spanien begleitet hatte⁶³. Kaiser Karl VI., der über den Verlust seiner spanischen Krone sein Leben lang nicht hinwegkam, hing besonders an jenen Personen, die ihm als König Karl III. von Spanien gedient und nach der Niederlage die Treue gehalten hatten⁶⁴. Sinzendorf gab nun die Anweisung, man möge die niederländische Kandidatin hinhalten, bis eine Entscheidung gefallen sei. Letztendlich entschied sich der Kaiser für die ihm bekannte österreichische Kandidatin; die Gräfin von Weichs blieb bis zum Tod der Erzherzogin in Brüssel⁶⁵.

Aus den Bemühungen Dauns um geeignete Kandidatinnen für die Ämter am Hof der Statthalterin lassen sich gut die beiden entgegengesetzten Interessensfelder der beteiligten Parteien herauslesen. Der Kaiser und die Statthalterin wünschten die Bindung des höheren Adels mit sozialem Prestige und finanziellem Kapital an den Hof. Auf der anderen Seite strebten adelige Familien in die räumliche Nähe des Fürsten, um am Hof ihr soziales Kapital,

⁵⁹ Sinzendorf an Daun, 15. August 1725: ebd., fol. 54v.

⁶⁰ Daun an Sinzendorf, 22. August 1725: ebd., fol. 60r.

⁶¹ Daun an Sinzendorf, 24. August 1725: ebd., fol. 64r.

⁶² Daun an Sinzendorf, 28. August 1725: ebd., fol. 66r.

⁶³ Sinzendorf an Daun, 4. September 1725: ebd., fol. 73r.

⁶⁴ Pichorner, Wiener Quellen, 4.

⁶⁵ HHStA, Hausarchiv, Familienakten K 67: Hofstaatsliste 1741, fol. 78r.

ihre Ehre, zu vermehren⁶⁶. Aus der Bemerkung Dauns über die Comtesse de Dion le Mont und das Vermögen der Kandidatinnen wird deutlich, dass der ökonomische Reiz eines Hofamtes eher gering war und hinter sozialen Interessen zurückstand. Schließlich mussten die Inhaber dieser Ehrenämter enorme eigene Investitionen tätigen, um das Amt überhaupt ausfüllen zu können. Dennoch war das Ehrenamt für viele junge Frauen und ihre Familien erstrebenswert und gewinnbringend für die Zukunft⁶⁷.

Für die adeligen Familien der Österreichischen Niederlande bot die Statthalterschaft von Maria Elisabeth eine enorme Chance, da sie nun einen Hof als Plattform für einen kultivierten, standesgemäßen Lebensstil hatten. Um die soziale Funktion eines Hofes zu unterstreichen, spricht die Forschung auch von einem „point of contact“, wo adelige Familien Beziehungen untereinander schließen und Netzwerke betreiben konnten⁶⁸. Sie konnten sich und ihre Ehre darstellen, sich an anderen Familien messen und ihren eigenen Rang demonstrieren⁶⁹. Dies galt für die weiblichen wie männlichen Ehrenämter gleichermaßen, wenn auch in unterschiedlicher Form. Während die Männer am Hof offizielle politische Ämter bekleiden konnten, partizipierten die Frauen auf inoffiziellen Wegen an Politik und Karrieren am Hof.

Der niederländische Adel war dem Haus Habsburg und seinen Vertretern offenbar eher unbekannt, denn sonst hätte Daun den Namen und familiären Hintergrund jeder Hofdame nicht erst bewerten und erklären müssen. Seine lange Suche nach geeigneten Kandidatinnen verrät eine gewisse Skepsis und manche Vorurteile bezüglich der Befähigung der Hofdamen, der österreichischen Erzherzogin würdevoll zu dienen. Es war zu vermuten, dass diese Frauen noch nie an einem repräsentativen Fürstenhof gewesen waren und im Umgang mit dem dort herrschenden Zeremoniell keine Erfahrungen vorweisen konnten. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts gab es in den Südlichen Niederlanden keinen Hof eines Prinzen von Geblüt mehr, an dem durch Beobachtung von und Teilnahme an Zeremonien und Festen der höfische Habitus hätte erworben und ein korrektes Auftreten praktiziert werden können. Auch die Entscheidung des Kaisers, lieber eine bereits bekannte und mit dem Hofdienst vertraute Dame zur Fräuleinhofmeisterin zu machen, weist auf den problematischen Umgang zwischen dem österreichischen Landesherrn und den regionalen Adelsfamilien hin. Doch nach der schlechten Erfahrung des Adels mit dem bevollmächtigten Minister Marquis von Prié musste Daun nun um ihre Gunst werben und den Willen des Hauses Habsburg zum Ausdruck bringen, sie integrieren und den Statthalterhof gleichsam zu einem niederländischen Adelshof machen zu wollen. Gleichzeitig re-

⁶⁶ MacHardy, *Cultural Capital*, 49.

⁶⁷ Pečar, *Ökonomie der Ehre*, 108.

⁶⁸ Hengerer, *Hofzeremoniell*, 433.

⁶⁹ Pečar, *Zeichen aristokratischer Vortrefflichkeit*, 191.

präsentierte der Hof von Maria Elisabeth nicht allein die südniederländischen Provinzen, sondern in erster Linie das Haus Habsburg und dessen Würde. Das Herrscherhaus und seine Ansprüche hatten Vorrang vor den diplomatischen Bemühungen um den dortigen Adel.

Der Graf reflektierte sein Verhalten und das Auftreten der anderen Hofmitglieder auf eine erstaunlich intensive und kritische Weise. Nach der Ankunft der Statthalterin und ihres Obersthofmeisters Graf Visconti schrieb er Marques de Rialp einen Brief über die Parteilichkeit und Bösartigkeit am Hof sowie über den harten Konkurrenzkampf um die Gunst des Kaisers⁷⁰. Manche seien fleißiger als andere, und Daun sah sich zwar in der Pflicht, den Kaiser über die schlecht arbeitenden Minister zu informieren, fürchtete aber, sie würden dem Kaiser aus Rache Schlechtes über seine eigene Arbeit berichten. Durch die zahlreichen Lügen und Intrigen am Hof, so Daun, werde der Fleiß im Allgemeinen abnehmen. Dabei spielt er auf die verwerfliche Parteilichkeit (*partialité condamnable*)⁷¹ an: Einige der Minister seien durch ein Netzwerk miteinander verbunden und schützten sich gegenseitig. Dadurch werde aber die Förderung derjenigen verhindert, die gute Arbeit leisteten; stattdessen werde derjenige belohnt, der das beste und stabilste Netzwerk habe. Daun machte sich dabei insbesondere Sorgen um den zukünftigen Statthalter, *qui arrive dans un Pays qu'il ne connoit pas ou qu'il ne connoit qu'imparfaitement, s'il ne pouvoit se servir plus particulièrement dans son Cabinet de ceux qu'il trouve les plus entendus et les plus zelés*⁷². Maria Elisabeth kenne die wahren Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter noch nicht und werde aufgrund deren Auftretens zu einer falschen Bewertung kommen. Dabei müssten vielmehr diejenigen gelobt und gefördert werden, die gut arbeiteten, denn somit könnten auch die anderen Minister zu Fleiß und Aufrichtigkeit angespornt werden.

Daun wagte mit diesen Aussagen eine Systemkritik. Fleiß und Tüchtigkeit verkämen, weil das falsche Verhalten bei Hof gefördert würde. Schuld an dieser Situation seien die Intrigen und Bündnisse der höfischen Akteure, die sich gegenseitig zum eigenen Profit deckten und schützten. Diese Kritik richtete er zwar auch gegen die Wiener Minister, vor allem jedoch gegen den einheimischen Adel. Daun hatte in seiner interimistischen Statthalterschaft sein Möglichstes getan, um Maria Elisabeth den Weg zu ebnen. Vom südniederländischen Adel gewann er dabei kein gutes Bild; Österreicher und Südniederländer hatten sich noch nicht weit genug angenähert.

⁷⁰ Daun an Rialp, 23. November 1725: HHStA, Berichte, 18.

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd.

Die Reorganisation der zentralen südniederländischen Verwaltung

In der geheimen Instruktion vom 24. Januar 1725 bekam Daun neben der Vorbereitung der Ankunft von Maria Elisabeth noch einen zweiten außergewöhnlichen Auftrag, um die Autorität der zentralen Regierung in Brüssel wiederherzustellen. Artikel 21 betraute ihn mit der Untersuchung der Frage, ob das System der drei Kollateralräte oder der einheitliche Beratungsrat besser funktioniere, und beauftragte ihn, seine Ergebnisse zu präsentieren⁷³. Daneben musste er auch untersuchen, warum die Intendanten und Subdelegierten nie ernannt worden waren⁷⁴. Dieser Sonderauftrag kam nicht unerwartet; schon seit der Gründung des Staatsrates 1718 hatte es Reibungen gegeben. Es waren daher Stimmen laut geworden, noch während Eugens Statthalterschaft Anpassungen durchzuführen. Neben anderen war der Generaldirektor der Finanzen, Thomas de Fraula, ein Verfechter der Wiederherstellung des Geheimen Rates und des Finanzrates⁷⁵. Auch Prié selbst war sehr unzufrieden mit den Änderungen seines ursprünglichen Vorschlags. Es ist bemerkenswert, dass er schon im März 1719 dazu aufrief, nicht übereilt einen Intendanten in der Grafschaft Flandern einzusetzen, sondern mögliche Alternativen zu untersuchen⁷⁶. Das weist auf einen gewissen Pragmatismus hin: Flandern war ja nicht zufällig die Provinz, die am meisten Steuern zahlte und darum nicht unnötig herausgefordert werden sollte. Dass Prié sich dem Anschein nach nicht um die Ernennung eines Intendanten bemühte, kann auch damit zu tun haben, dass es eine Schattenabteilung gab, die mit den Finanzen befasst war und gewissermaßen unter Priés direkter Führung stand. Ein verärgerter Karl VI. drängte vergeblich auf die Ernennung der vorgesehenen Intendanten⁷⁷.

Seit 1722 ging Prié sogar noch einen Schritt weiter und verteidigte selbst einige Änderungen. Er dachte dabei nicht nur an kosmetische Eingriffe, sondern an die Wiedereinführung der drei Kollateralräte und betonte dabei die Notwendigkeit eines völlig getrennten Finanzrates, der dem Gouvernement untergeordnet war⁷⁸. Diese radikale Kursänderung weist auf die Frustration des Marquis über die bestehende Situation hin. Obwohl zwischen dem Vor-

⁷³ Instruktionen und Patente, 161 f.

⁷⁴ Ebd., 183 f.: Artikel 32 der geheimen Instruktion vom 27. Januar 1725.

⁷⁵ Eugen an Prié, 12. März 1721: HHStA, Belgien DD B, Verzeichnis 7C: Indices, Protokolle, Verzeichnisse, Inventare (im Folgenden: Indices), 36, fol. 38v–39v.

⁷⁶ Prié an Eugen, 9. März 1719: HHStA, Berichte, 6; *de Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 105–109.

⁷⁷ Eugen an Prié, 14. Februar und 28. März 1722: HHStA, Indices, 37, fol. 155r–157r u. 170r.

⁷⁸ Prié an Eugen, vier Berichte vom 21. Dezember 1722: HHStA, Belgien DD B – Rote Nummer, 92b. Prié wiederholte dies in seinem Bericht an Karl VI. vom 16. April 1725: ARA, SSO, 888, fol. 176r–194r.

haben und seiner Umsetzung in die Tat noch mehrere Jahre vergehen sollten, reifte bei einigen die Idee heran, in absehbarer Zeit den Staatsrat und alle Probleme, die mit diesem „neuen System“ verbunden waren, abzuschaffen. Wegen seiner großen Arbeitsbelastung dauerte es noch mehrere Monate, bevor Graf von Daun dem Kaiser am 5. Juni 1725 eine Denkschrift in dieser Angelegenheit zuschickte⁷⁹. Er stellte beide Verwaltungssysteme differenziert vor, ohne sich explizit für eines zu entscheiden. Jedoch ließ er durchblicken, dass er getrennte Kollateralräte bevorzuge. Diese Behörden seien nach Daun von großem Nutzen gewesen, bis ihre Autorität wegen Zuständigkeitsstreitigkeiten allmählich abgenommen habe. Um dies zu vermeiden, die Gebietsverluste der letzten anderthalb Jahrhunderte auszugleichen und Kosten zu sparen, sei 1718 das neue System erdacht worden. Die Prinzipien, die hier zugrunde lagen, fanden Dauns Zustimmung, die Umsetzung in die Praxis habe sich jedoch als problematisch erwiesen. Außerdem hielt Daun nicht viel von den Fähigkeiten der Ratsherren. Der Adel habe keine Ahnung von Justiz und Polizei, und die Juristen hätten zu geringe Kenntnisse von den Finanzen gehabt.

Für welches der beiden Systeme Seine Majestät sich auch entscheiden werde, nach dem Interimsstatthalter war die Ernennung von Intendanten und Subdelegierten eine *Conditio sine qua non* für das Gelingen. Diese Funktionäre hätten die Missbräuche und die Unordnung der lokalen Finanzen beseitigen und auf diese Weise die zentrale Regierung in Brüssel von zahlreichen weniger wichtigen Aufgaben entlasten können. Sie hätten es möglich gemacht, den Finanzrat auf ein kleines Büro zu beschränken⁸⁰.

Am selben Tag schickte Daun dem spanischen Staatssekretär Rialp diesen Bericht mit einem begleitenden Brief. Hier sprach er sich wohl explizit für die drei Kollateralräte aus. Vor allem die starke Beteiligung des hohen Adels am neuen System sei verhängnisvoll gewesen. Wie Prié war er der Meinung, dass ihre gleichzeitige Mitgliedschaft im Staatsrat und in den Ständen unvereinbar sei. Die Rückkehr zum alten System sei die beste Abhilfe, obwohl es ihm lieber sei, die Finanzverwaltung wieder in Ordnung zu bringen und nach Fonds zu suchen, um die Erzherzogin und ihren Hof unterhalten zu können. Außerdem rechnete Daun mit dem Widerstand der Mitglieder des Staatsrats, die eine Reorganisation als Versuch interpretieren würden, sie von der Beschlussfassung auszuschließen. Seine Majestät könne sich ihnen gegenüber vielleicht der Ausrede bedienen, ein einziger Rat reiche nicht aus, um die Fülle von Akten schnell bearbeiten zu können⁸¹. Diese Bemerkung ist treffend, und eine bessere Illustration für die Defizite des Systems von

⁷⁹ Er bekam eine kaiserliche Mahnung: Daun an Rialp, 27. April, 22. Mai und 1. Juni 1725: HHStA, Berichte, 18.

⁸⁰ Daun an Karl VI., 5. Juni 1718: ARA, DN, 614.

⁸¹ Daun an Rialp, 5. Juni 1725: HHStA, Berichte, 18.

1718 kann nicht gefunden werden, denn eine schnellere Beschlussfassung war eines der zentralen Ziele der Reorganisation der Verwaltung.

Der Höchste Rat der Niederlande in Wien, der auf der Grundlage von Dauns Bericht über diese Sache debattierte, war geteilter Meinung. Ratsherr Wynants war ein Verfechter einer weitgehenden Zentralisierung, seine Kollegen d'Eesbeeck van der Haghen und von Pendteriedter dagegen wollten die Kollateralräte wiedereinführen⁸². Die beiden südniederländischen Ratsherren gaben ein umfangreiches Votum ab, bekräftigt durch historische und juristische Argumente. Honoré Henri d'Eesbeeck van der Haghen war der Meinung, dass der Zuständigkeitsbereich der zentralen Verwaltung in Brüssel durch den Gebietsverlust an Frankreich zwar kleiner geworden sei, eine zügige Bearbeitung der anfallenden Aufgaben aber noch immer Ratsherren mit verschiedenen professionellen Kompetenzen erfordere. Er gab zu, dass im Laufe der Jahre Kompetenzstreitigkeiten entstanden seien und der Absentismus im Finanzrat verderblich gewesen sei, aber auch das neue System habe nicht die erhofften Ergebnisse erbracht. Für ihn war es undenkbar, dass eine einzige Institution Akten sehr verschiedener Natur ebenso gut beurteilen könne wie drei einzelne Behörden. Seiner Meinung nach sei der Adel unfähig, über die vielen Detailspekte zu entscheiden, während Juristen keine Ahnung von Finanzsachen hätten. Aus all diesen Gründen erscheine ihm das System von 1718 wenig wirkungsvoll. Als Beweis seines Respekts vor dem Adel könne Karl VI. einen Staatsrat mit einigen hohen Adeligen einrichten, dessen Macht beschränkt werden solle. Um Konflikte zwischen dem Geheimen Rat und den regionalen Justizräten zu vermeiden, schlug er vor, dass der Geheime Rat keine Gerichtsrechte haben solle. Er sprach sich auch gegen die Einsetzung von Intendanten aus. Nach ihm gab es bessere Alternativen, die lokalen Missbräuche zu bekämpfen und die Kontrolle zu erhöhen. Er erwartete eine Flut von Anklagen gegen diese Vertreter seitens der subalternen und regionalen Behörden, was a fortiori der Fall sei, wenn sie juristische Kompetenzen hätten. D'Eesbeeck wies außerdem den Vorschlag zurück, die Intendanten bestimmte Patente an Städten, Gemeinden und Poldern⁸³ erteilen zu lassen. Intendanten seien für dieses Problem eine viel zu teure Lösung.

Gegensätzlicher Meinung war der zweite südniederländische Ratsherr-Regent Goswin Arnould de Wynants. In seinem sehr übersichtlich aufgestellten Votum besprach der berühmte Jurist nacheinander die Vor- und Nachteile beider Systeme. So hatte er viel Respekt vor der Figur des Hauptvorsitzenden (Präsidenten/*chef-président*) des Geheimen Rates, der seiner

⁸² Vortrag Höchster Rat der Niederlande, 21. August 1725 (ARA, DN, 614), in der Beilage die Voten der einzelnen Ratsherren-Regenten. Siehe auch *de Hemptinne*, Conseil d'État Unique, 122–132.

⁸³ Polder sind Ländereien in der Nähe der Küste, von Deichen umgeben, in denen die Polderverwaltung vor allem die Wasserwirtschaft zur Aufgabe hatte.

Meinung nach traditionell die Rolle eines Wächters über den Handel und Wandel der Landesregierung spielte und dem Statthalter oder Fürsten mögliche Missbräuche meldete. Eine solche Funktion fehle im neuen institutionellen System. Andererseits hielt er nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg, dass das vereinfachte System von 1718 ihm viel geeigneter erscheine. Die große Zahl der Räte habe die flotte Erledigung der Akten oft mehr verhindert als begünstigt. *Quod multos tangit, neminem angit*, so definierte Wynants das Problem. Auch regiere man besser mit Personen, die über alles unterrichtet seien, als mit Personen, die sich nur auf einen Bereich spezialisiert hätten. Die Argumentation von Wynants ist durch eine bemerkenswert frühaugeklärte Denkweise geprägt, wobei er ständig darauf pochte, dass es unvernünftig sei, vor allem Neuen Angst zu haben. Gerissen (aber historisch nicht ganz korrekt) stellte er daher die Errichtung eines einheitlichen Beratungsrats als eine Rückkehr zu der Situation vor 1517 dar, als Karl V. noch mit einem Beratungsorgan regierte⁸⁴. Die Rolle des Hauptvorsitzenden könne vom Dekan des Staatsrates übernommen werden, und daher solle er auch mit viel Behutsamkeit gewählt werden. Obwohl Wynants behauptete, dass beide Systeme ihre Vorteile hätten, verteidigte er die institutionelle Vereinfachung und betonte dabei vor allem die Rolle der Intendanten. Ihre Aufgaben seien unter anderem die Kontrolle der Rechnungen, die Überwachung der Eingriffe in die Rechte des Monarchen, das Sammeln von Informationen über die wirtschaftliche Aktivität und die Überwachung der Verteilung der Steuern. Er schlug vor, die Akten zwischen den verschiedenen Ratsherren zu verteilen, die sowohl aus dem Adel wie auch aus Juristenkreisen rekrutiert werden müssten. Die Justiz, Ernennungen, Polizeiangelegenheiten und das Erlassen von Edikten müssten Juristen vorbehalten bleiben. Für die Finanzen schlug Wynants erneut einen Generaldirektor mit Zugang zum Rat vor, dem Intendanten zur Seite stehen sollten. Wynants befürchtete viel Widerstand gegen einen derartigen Plan, aber er empfahl, mit der erforderlichen Autorität die notwendige Reorganisation durchzuführen, weil sich die Südlichen Niederlande sonst nie aus ihrer jämmerlichen finanziellen Lage befreien könnten.

Die übrigen Ratsherren-Regenten fügten wenig neue Argumente hinzu. Pendteriedter folgte in seinem Votum der Meinung von d'Eesbeeck van der Haghen, außer was die Rolle der Intendanten betraf. Da stimmte er völlig mit der Auffassung Wynants überein. Die alten Kollateralräte seien nach ihm imstande gewesen, den Adel zu ködern und ihn gleichzeitig von einem großen Teil der Regierungsarbeit auszuschließen. Zum Schluss äußerten

⁸⁴ Historisch gesehen ist das eine inkorrekte Wiedergabe der Tatsachen. Im Laufe des 15. Jahrhunderts kann im Hofrat der burgundischen Herzöge eine wachsende Spezialisierung festgestellt werden, wobei Finanzen, Justiz und die große Politik immer wieder in einzelnen Abteilungen behandelt wurden. Die Anordnungen von Karl V. von 1517 und 1531 institutionalisierten also nur einen organisch gewachsenen Zustand: *Baelde/Vermeir*, Raad van State, 265 f.

auch der Präsident des Höchsten Rates, Fürst von Cardona, und der Graf von Çavella ihre Meinung. Sie entschieden sich für eine Dualstruktur: Neben einem permanenten Beratungsorgan solle eine zweite Instanz stehen, die den Notwendigkeiten der Regierung entsprechend zusammengerufen werden könne. Der Adel solle in beiden Instanzen vertreten sein, eine Meinung, die wahrscheinlich ihrem aristokratischen Hintergrund geschuldet war. Hinsichtlich der Intendanten stimmten auch sie mit Wynants' Auffassung überein.

Schließlich äußerte sich auch die Geheime Konferenz in dieser Debatte⁸⁵. Bis ins Detail wurden aufs Neue alle vorhergehenden Meinungen besprochen und auf deren Grundlage sprach die Konferenz sich für die Wiederherstellung der drei getrennten Beratungsorgane aus, unter der Bedingung, dass eindeutige Abmachungen getroffen werden müssten, um Zuständigkeitskonflikte auf ein Minimum zu reduzieren. Der Finanzrat sollte neben einem *Trésorier-général* aus vier Intendanten bestehen, die in Brüssel residieren und Intendanten und Subdelegierte in den Provinzen unter sich haben sollten. Weil man befürchtete, dass durch die Ausgrenzung des hohen Adels aus dem neuen System viel Ressentiment entstehen würde, bekamen einige Aristokraten einen Sitz im Staatsrat, aber de facto wurde dieser Rat nach 1725 kaum noch zusammengerufen⁸⁶. Aus dem Konferenzprotokoll kann geschlossen werden, dass man den drei Räten ausdrücklich nur eine konsultative Funktion zugestehen wollte. Der Kaiser war mit diesem Vorschlag einverstanden. Auch die Entscheidung, das neue System noch vor der Ankunft der neuen Statthalterin in Brüssel einzurichten und Maria Elisabeth diese Aufgabe zu ersparen, fand seine Zustimmung.

Es entstand eine fieberhafte Aktivität, um diesen Plan innerhalb kürzester Zeit umzusetzen. Am 19. September wurde von Wiener Neustadt aus das Gründungsdekret der neuen Institutionen verschickt. Im neuen Staatsrat mussten alle Mitglieder des alten Staatsrates einen Sitz haben. Dieses Organ wurde ein *conseil de convocation*, das sich nur auf Befehl des Statthalters traf. Der Geheime Rat sollte neben dem Hauptvorsitzenden aus sechs Ratsherren bestehen, unter ihnen die drei *togati*, die zum jeweiligen Zeitpunkt einen Sitz im Staatsrat hatten. Der Geheime Rat durfte nicht länger an der Rechtsprechung mitwirken. Dem Vorschlag von Wynants folgend wurde auch ein Finanzrat mit vier Funktionären gegründet, die die Zuständigkeiten für Domänen, *aides et subsides*, Ein- und Ausfuhrzölle und Handel unter sich aufteilten. Schließlich schrieb der Plan auch die Ernennung von sechs Intendanten und neun Subdelegierten, verteilt über die verschiedenen Re-

⁸⁵ Vortrag Geheime Konferenz, 26. August 1725: ARA, DN, 583. Zum Protokoll der Versammlung siehe HHStA, Staatskanzlei: Vorträge an den Kaiser, 26/1726/VII–XII, fol. 71r–72v.

⁸⁶ *Alix*, Recrutement, 135 u. 139 f.

gionen, vor⁸⁷. Daun bekam den Auftrag, alle Neuerungen stante pede umzusetzen. Die neuen Funktionäre mussten möglichst schnell ihren Eid schwören, auch wenn ihre Patentbriefe erst später ausgestellt wurden. Auf diese Weise konnte die Statthalterin bei ihrer Ankunft sofort die Assistenz der drei Räte in Anspruch nehmen⁸⁸. Am Vormittag des 28. September traf der außerordentliche Kurier mit den kaiserlichen Beschlüssen vom 19. und 21. September in Brüssel ein. Sofort rief Daun den Staatsrat zusammen, um sie vorlesen zu lassen. Danach gab er die notwendigen Befehle zu deren Ausführung. Am nächsten Tag schworen die neu ernannten Beamten ihren Eid, um sich am 30. September an die Arbeit zu machen⁸⁹. Wie schnell alles ging, geht aus einem Brief des *Secrétaire d'Etat et de Guerre* hervor, der schon am 2. Oktober die Umsetzung der Beschlüsse melden konnte. Zwei Tage später kam die Erzherzogin in den Südlichen Niederlanden an⁹⁰.

Die institutionelle Reorganisation hatte jedoch noch ein unerwartetes Nachspiel. Die Geheime Konferenz hatte es bei der Erstellung der Geheiminstruktionen für Maria Elisabeth als passend erachtet, der Statthalterin eine *Jointe de Cabinet* zur Seite zu stellen, die ihr bei der Entscheidungsfindung helfen sollte, nachdem die Kollateralräte ihre Meinung abgegeben hatten. Es schien sinnvoll, auch dem Obersthofmeister und dem Oberbefehlshaber einen Sitz zu geben und es im Übrigen der Statthalterin zu überlassen, eigenständig entsprechende Sachverständige aufzurufen⁹¹. Dieser Ratschlag wurde in die geheime Instruktion vom 8. September 1725 für die Statthalterin übernommen⁹². Diese Ad-hoc-Kommission wurde also das Gremium, in dem die wichtigsten Staatsangelegenheiten besprochen wurden, vor allem alles, was mit den Staatsfinanzen zu tun hatte. Dabei wurden die Kollateralräte, wie Baelde und Windey darstellen, regelmäßig zu ausführenden von Beschlüssen degradiert, die ohne ihre Mitsprache zustande gekommen waren⁹³. Nach Michèle Galand hing die Einrichtung dieser *Jointe*

⁸⁷ Kaiserliche Depesche, 19. September 1725: ARA, SSO, 1471/2. Windey weist darauf hin, dass der Ernennung einer fähigen Beamtenschaft im Finanzrat wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, obwohl in allen Plänen die Wichtigkeit einer zuverlässig arbeitenden Finanzverwaltung betont wurde; Windey, Raad van Financiën, 15 u. 28 f. Zur Aufgabenverteilung: ebd., 111–115. Ein erstes Memorandum, in dem (unter anderem) gegen die Ernennung eines Intendanten und zweier Subdelegierter im Herzogtum Brabant protestiert wurde, wurde schon etwa drei Wochen später der neuen Statthalterin überreicht: Memorandum bei der Resolution vom 12. Oktober 1725: Rijksarchief Anderlecht, Staten van Brabant – Registers, 45. Es war nur der Anfang von viel mehr Widerstand.

⁸⁸ Karl VI. an Daun, Depesche vom 21. September 1725: HHStA, Depeschen, 8.

⁸⁹ Resolution Staatsrat, 28. September 1725: ARA, Raad van State/Conseil d'État, 93, p. 348; Daun an Rialp, 28. September 1725: HHStA, Berichte, 9; Vortrag Höchster Rat der Niederlande, 9. Oktober 1725: ARA, DN, 614.

⁹⁰ Mac Neny an Eugen, 2. Oktober 1725: HHStA, Berichte, 17.

⁹¹ Vortrag Geheime Konferenz, 30. August 1725: ARA, DN, 584.

⁹² Instruktionen und Patente, 246–283. Es geht konkret um Artikel 29.

⁹³ Baelde/Windey, *Jointe de cabinet*.

mit dem Doppelwunsch Wiens zusammen, die Macht der Statthalterin einerseits zu sichern und sie andererseits zu zügeln. Die *Jointe* ermöglichte den Spagat zwischen dem Willen zur Zentralisierung und der Notwendigkeit, immer mehr spezialisierte Staatsorgane miteinander zu verbinden⁹⁴.

Die Wiederherstellung der drei Kollateralräte wirkt nur auf den ersten Blick wie ein Scheitern des zentralistischen Projekts. De facto wurde mit der *Jointe de Cabinet* ein informelles Organ ins Leben gerufen, das Politik oberhalb und unabhängig vom zentralen Regierungssystem betreiben konnte, so dass das neue institutionelle System ein Kompromiss zwischen Zentralisierung und den alten Strukturen war. Die Wiederherstellung des Staatrates, des Geheimen Rates und des Finanzrates trug dazu bei, die Gemüter zu beruhigen. Bis 1787 blieben diese Instanzen das Rückgrat der Landesregierung.

Es ist überdies eine Wahnidee zu glauben, dass 1725 alle inhärenten Probleme der polysynodialen Struktur beseitigt worden wären. Es bleibt die Frage, wie effizient das neue System in den folgenden Jahrzehnten arbeitete. Die Tatsache, dass nach 1725 keine grundlegenden Veränderungen am Verwaltungsapparat mehr vorgenommen wurden, beweist, dass viel weniger Probleme bestanden als mit dem Staatsrat von 1718. Zwar wurde das System verfeinert und die Kollateralräte durch komplementäre Behörden ergänzt. So gab es 1735 einen gründlichen Personalwechsel im Finanzrat und in den beiden Rechenkammern, die außerdem vereinigt wurden. Zusammen mit der Tatsache, dass der Intendanten-Plan endlich zugunsten von zeitlichen Regierungskommissaren aufgegeben wurde, welche die lokalen Finanzen durchleuchteten, bedeutete dies, dass die Reform der Finanzverwaltung endlich gründlich angestrengt wurde, was 1725 noch nicht geschehen war.

Fazit

Nach Piet Lenders kann die österreichische Regierungszeit in den Südlichen Niederlanden grosso modo in drei Perioden mit einer unterschiedlichen Regierungsweise unterteilt werden. Dabei fokussiert er die Organisation der Zentralverwaltung und die Beziehung zwischen der zentralen Regierung und den regionalen und lokalen Behörden. Eine erste Zäsur sieht Lenders in den Jahren 1734–1735. Die Jahre zuvor seien durch den Wunsch gekennzeichnet gewesen, eine absolutistische Regierung nach französischem Modell einzuführen, wie aus dem zentralisierten Beratungsrat und dem Intendantensystem hervorgehe. 1735 habe man dieses Modell fallen lassen und eine striktere Kontrolle der subalternen Behörden gewählt, alles aber immer im

⁹⁴ *Galand*, Kabinetsjointe.

Rahmen der südniederländischen Konstitution und der Rechtsregeln⁹⁵. Unsere Forschungen machen eine andere Deutung möglich. Hinsichtlich der Organisation der zentralen Regierung waren auch Dauns Neuerungen im Jahre 1725 ein Meilenstein, dessen Bedeutung die Reformen ein Jahrzehnt später vielleicht sogar übertragt. Wien beseitigte die Verschmelzung der zentralen Beratungsorgane⁹⁶ und griff die Tradition von Statthaltern von königlichem Blut wieder auf. Dies war gewissermaßen eine Rückkehr zum spanischen Modell, das man 1718 verworfen hatte⁹⁷.

Daun musste, wie bereits gesagt, einige heikle Aufgaben erledigen, bevor Maria Elisabeth in Brüssel ankam, damit der Erfolg ihrer Statthalterschaft nicht von Anfang an belastet war. Die institutionelle Reorganisation und die Vorbereitung ihrer Hofhaltung waren dabei nicht die einzigen Probleme die Daun bewältigen musste. Schon seit dem Machtwechsel 1716 suchte man eine Möglichkeit, um die Kosten des Heerwesens zu reduzieren. Prié hatte schon darauf hingewiesen, dass eine Fusion der teuren Nationalregimenter mit den preisgünstigeren kaiserlichen Regimentern und eine Übernahme von deren Besoldungssystem einen Ausweg aus der finanziellen Sackgasse bieten könnten. Erst unter Daun konnte das realisiert werden. Wien rechnete mit der Unzufriedenheit der großen Familien des Landes, welche die Offiziere stellten, deren Stellen durch die Reduzierung der Militäreinheiten in Gefahr waren. Damit die Erzherzogin diese Familien nicht gegen sich aufbrachte, erschien es sinnvoll, einen ranghohen Militär wie Feldmarschall Daun mit der Reduzierung der Truppenstärke zu beauftragen. Sie gelang ihm mit viel Behutsamkeit gegen Anfang August⁹⁸.

Dies lässt das Bild, das unsere Forschung zeichnet, noch klarer hervortreten: Daun hütete sich davor, radikale Urteile zu äußern; er analysierte kritisch die Probleme, die er lösen sollte, formulierte seine Ansichten immer vorsichtig und verbuchte Erfolge. Die Frage bleibt, wie groß sein persönlicher Anteil an den eingeführten Neuerungen war. Sicher ist, dass er sowohl in Brüssel als auch in Wien Hilfe und Unterstützung fand, und da liegen seine größten Verdienste. Zwischen Daun und Prié lagen Welten, weil Prié sowohl mit dem Staatsrat als auch mit dem Höchsten Rat der Niederlande in Hader lebte. Trotz beachtlicher Teilerfolge waren Dauns Berichte nach Wien voller Erklärungen und Entschuldigungen, da er bezüglich der Finanzen nur kleine Fortschritte erzielte und die gewünschten Übersichten nicht vorwei-

⁹⁵ *Lenders*, *Drie wijzen van regeren*, 183–189.

⁹⁶ Mit Ausnahme der Anstrengungen der bevollmächtigten Minister Karl Ferdinand von Königsegg-Erps (1743) und Antoniotto di Botta Adorno (1749–1753), die für eine erneute Verschmelzung des Geheimen Rates und des Finanzrates plädierten, musste man auf die Reformen Kaiser Josephs 1787 warten, bevor wieder ein vereinigter zentraler Regierungsrat gegründet wurde: ebd., 187 u. 190.

⁹⁷ Vgl. *Dhondt*, *Verlichte Monarchie*, Bd. 2, Teil 3, 73–75.

⁹⁸ *Thewes*, *Un territoire indéfendable?*, 197–200.

sen konnte. Glücklicherweise war sein Vorgänger Prié bereits überall in Ungnade gefallen, so dass Daun bedenkenlos alle Probleme auf dessen schlechte Regierung schieben konnte⁹⁹. Immer wieder hatte er Angst, die Erzherzogin werde bei ihrer Ankunft über die chaotische Finanzlage entsetzt sein und ihn in die Verantwortung nehmen¹⁰⁰. Noch bevor die Erzherzogin Brüssel erreicht hatte, sehnte Daun schon die Abreise nach Neapel herbei. Daun war von der mangelhaften Kooperation mit Wien enttäuscht und hatte sich von der Hofkonferenz nicht ausreichend unterstützt gefühlt. Mehrfach fragte er sich, ob der Kaiser ihn nicht vergessen habe und seine Arbeit auch zu schätzen wisse.

Tatsächlich war die Situation in Brüssel für Daun im Hinblick auf seine Karriere zweischneidig: Zum einen hatte er einen wichtigen und verantwortungsvollen Posten inne, mit dem er vor dem Kaiser glänzen konnte, sollte er Erfolg haben. Gleichzeitig konnte seine Mission grandios scheitern und ihn ebenso verhasst wie Prié nach Wien zurückkehren lassen. Außerdem befand sich Daun in Brüssel außerhalb des wichtigen Wiener Netzwerks und konnte auf die Geschehnisse am Wiener Hof nur per Brief Einfluss nehmen. Das war in einer Gesellschaft, in der die räumliche und persönliche Nähe zum Kaiser entscheidend war, eine schwierige Außenseiterrolle¹⁰¹. An der Vernetzung mit den Adeligen der Österreichischen Niederlande hatte Daun kein Interesse; er würde ihnen nach seiner Rückkehr nie wieder begegnen, und sie konnten für seine Karriere nicht als Förderer wirken. Die niederländischen Adeligen konnten lediglich umgekehrt Daun als einen Makler ihrer eigenen Interessen nutzen.

Daun nutzte die Interimsstatthalterschaft, um sich dem Kaiser als verantwortungsbewusster und treuer Unterstützer zu präsentieren und für höhere Aufgaben anzubieten. Damit verlief seine Karriere ähnlich wie bei anderen führenden Amtsträgern bei Hofe: Sie bewiesen ihre Fähigkeiten zunächst im diplomatischen Dienst im Ausland und wurden für das eingegangene Risiko nach ihrer Rückkehr belohnt. Trotz Dauns Zweifeln ist ihm die Beförderung gelungen: Der Kaiser ernannte Daun noch im gleichen Jahr zum Vizekönig von Neapel.

Zum Schluss wollen wir darauf hinweisen, dass die Reformen 1725 eindeutig einer Offensive zuzuordnen sind, die eine stärkere Kontrolle der Südlichen Niederlande zum Ziel hatte. Die Amtsperiode des Marquis von Prié war durch die Spannung mit dem hohen Adel überschattet gewesen. Und obwohl die Wichtigkeit dieser Gruppe im zentralen Behördenbereich abgenommen hatte, blieb der hohe Adel im regionalen Bereich von Bedeutung, vor allem in der Versammlung der Stände, wo über die Steuern entschieden

⁹⁹ Daun an Rialp 14., 15. und 18. Mai 1725: HHStA, Berichte, 18.

¹⁰⁰ Daun an Rialp, 4. Mai 1725: ebd.

¹⁰¹ *Pečar*, Ökonomie der Ehre, 26.

wurde, die dem Fürsten zuerkannt wurden. In den zusammengesetzten Staaten, wo die Union der Gebietsteile nach dem *aequ(a)e-principaliter*-Prinzip bestand und die Grundrechte und Privilegien der verschiedenen territorialen Entitäten respektiert wurden¹⁰², konnte kein frühmoderner Fürst darauf verzichten, die lokalen Eliten an seiner Seite zu haben. Für ein neues Regime, wie das von Karl VI., der in den Niederlanden nicht seinem Vater nachfolgte, sondern nach einem langen Krieg mit zwei Kronprätendenten an die Macht kam, galt dies umso mehr. Den institutionellen Erneuerungen steht dann auch die auffallende Kontinuität in der Beamtenschaft ausgleichend gegenüber; Karl VI. bevorzugte erfahrene Amtsträger¹⁰³. Da der Adel während des Erbfolgekriegs sehr geteilt gewesen war, ist es begreiflich, dass Karl VI. diese Gruppe mit Gunstbezeugungen an sich binden wollte. Das erklärt ihre Anwesenheit in den zentralen Verwaltungsorganen, die der historischen Entwicklung zuwiderlief. Auch nach 1725 behielt der Adel seinen Sitz im Staatsrat, obwohl diese Mitgliedschaft sich allmählich auf eine Ehrenfunktion ohne wirkliche Macht reduzierte. Und obwohl Maria Elisabeths Hofhaltung einen überwiegend österreichisch-deutschen Charakter hatte, versuchte man auch hier die großen niederländischen Familien mit einem Hofamt zu ködern. Mehr noch: Man kann die Ankunft der Statthalterin als eine Charmeoffensive bezeichnen. So brachte sie einen Amnestievertrag für die verbannten und geflüchteten Mittäter des Brüsseler Aufstands von 1717/18 mit. Nicht nur der Adel, sondern auch die Städte, die ebenfalls eine Stimme in den Ständen hatten, wurden damit aufs Neue in die fürstliche Gunst aufgenommen, und beim Volk erweckte diese Maßnahme große Sympathie¹⁰⁴. Wir können festhalten, dass Dauns Interimsstatthalterschaft aus der Perspektive der österreichischen Monarchie erfolgreich gewesen ist. Hinsichtlich der Konsolidierung des österreichischen Regimes in den Südlichen Niederlanden und der Wiederherstellung der zentralen Regierung in Brüssel war seine Amtsperiode ein wichtiger Wendepunkt.

Summary

The Count of Daun's Mission in Brussels 1725.

A Turning Point in the Government of the Austrian Netherlands?

This paper focuses on the importance of the term of office of Wirich Count of Daun as interim governor-general in the Austrian Netherlands in 1725. It is argued that the reforms which he helped to carry out during his governorship, were crucial for the maintenance of the authority of the Austrian central government in Brussels. The first

¹⁰² Siehe auch *Elliott*, *Composite Monarchies*, 52–55.

¹⁰³ *Alix*, *Critères de sélection*, 313 u. 343–345; *Van Gelder*, *Héritage anjouin*, 69 f.

¹⁰⁴ *Van Honacker*, *Lokaal verzet en oproer*, 128–131; *Kalmár*, *Kulturgeschichtliche Studien*, 153.

decade of Austrian rule in the Southern Netherlands ended with the failure of the central advisory institution, the Council of State, and the conspiracy against the Marquis de Prié, minister plenipotentiary and as such the representative of Governor-General Eugene of Savoy. For that reason, besides the normal duties for a newly appointed governor, Daun was ordered to prepare the arrival of Archduchess Maria Elisabeth, sister of Emperor Charles VI. As governess-general, she would take office in the autumn of 1725. With her appointment, the Emperor wanted to tie in with the old tradition of governors of royal blood residing in the Southern Netherlands. Daun had to organize the court and household of the Archduchess. His second special task was to take information in order to reform the central institutional system if necessary. During his term of office, the Council of State was replaced by the age-old system of three Collateral Councils in Brussels, which had been abolished in 1702. Both special commissions – organizing the court and reforming the institutional apparatus – aimed at re-establishing the authority of the central government. Special attention was given to the high nobility, which was frustrated by the unpopular Marquis de Prié. The Emperor integrated them into the household of his sister in order to guarantee their loyalty. Therefore, the reforms carried out in 1725 were of utmost importance for the consolidation of the Austrian rule in the Southern Netherlands.

Quellen

Instruktionen und Patente Karls (III.) VI. und Maria Theresias für die Statthalter, Interimsstatthalter, bevollmächtigten Minister und Obersthofmeister der Österreichischen Niederlande (1703–1744), hrsg. v. Elisabeth Kovács, Wien 1993.

Österreichische Staatsverträge: Niederlande, Bd. 1: Bis 1722, hrsg. v. Heinrich Ritter von Srbik, Wien 1912.

Recueil des ordonnances des Pays-Bas autrichiens. Troisième série (1700–1794), Bd. 3: Les ordonnances du 2 janvier 1716 au 29 novembre 1725, hrsg. v. Louis Prosper Gachard, Brüssel 1873.

Literatur

Alix, Flore, Les critères de sélection des hauts fonctionnaires dans les Pays-Bas méridionaux (1700–1725), in: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire/Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis* 87 (2009), 297–348.

– Le recrutement du haut personnel administratif dans les Pays-Bas méridionaux (1700–1725). Du régime espagnol au régime autrichien: rupture ou continuité?, Diplomarbeit Universität libre de Bruxelles 2007.

Baelde, Michel/Jan B. Windey, De „jointe de cabinet“ tijdens de landvoogdij van Maria Elisabeth (1725–1740), in: *Archief- en bibliotheekwezen in België* 43 (1972), 85–107.

– /René Vermeir, Raad van State (1531–1702, 1718–1787, 1790–1794), in: *De centrale overheidsinstellingen van de Habsburgse Nederlanden (1482–1795)*, Bd. 1, hrsg. v. Erik Aerts [u. a.], Brüssel 1994, 265–282.

Barker, Thomas M., Military Nobility: The Daun Family and the Evolution of the Austrian Officer Corps, in: *East Central European Society and War in the Pre-Revolutionary Eighteenth Century*, hrsg. v. Gunther E. Rothenberg/Béla K. Király/Peter F. Sugar, Boulder 1982, 123–146.

- Benedikt*, Heinrich, Daun (Dhaun), Grafen v. (seit 1655), in: *Neue deutsche Biographie*, Bd. 3, Berlin 1957, 528–530.
- Der Pascha-Graf Alexander von Bonneval 1675–1747, Graz/Köln 1959.
- Bernard*, Bruno, Reform und Modernisierung in den Österreichischen Niederlanden, in: *Der aufgeklärte Absolutismus in europäischen Vergleich*, hrsg. v. Helmut Reinalter/Harm Klueting, Wien 2002, 263–273.
- Braubach*, Max, Prinz Eugen von Savoyen. Eine Biographie, Bd. 4: Der Staatsmann, München 1965.
- Coppens*, Herman, Basisstatistieken voor de reconstructie van de centrale staatsrekening der Spaanse en Oostenrijkse Nederlanden, ca. 1680–1788, Brüssel 1993.
- De financiën van de centrale regering van de Zuidelijke Nederlanden aan het einde van het Spaanse bewind (ca. 1680–1788), Brüssel 1992.
- Croon*, Ben, Orde en informatie. Goswin-Arnould de Wynants (1661–1732) en het bestuur der Oostenrijkse Nederlanden, Diplomarbeit Universität Leuven 1995.
- De Boom*, Ghislaine, Les ministres plénipotentiaires dans les Pays-Bas autrichiens, principalement Cobenzl, Brüssel 1932.
- de Hemptinne*, François, Le Conseil d'État Unique (1718–1725) ou les raisons de l'échec de la centralisation, Diplomarbeit Universität Brüssel 2000.
- de Schepper*, Hugo/René Vermeir, Landvoogd – Gouverneur-generaal (1522–1598, 1621–1789, 1790–1794), in: *De centrale overheidsinstellingen van de Habsburgse Nederlanden (1482–1795)*, Bd. 1, hrsg. v. Erik Aerts [u. a.], Brüssel 1994, 195–216.
- De Schryver*, Reginald, Jan van Brouchoven, graaf van Bergeyck 1644–1725. Een halve eeuw staatkunde in de Spaanse Nederlanden en in Europa, Brüssel 1965.
- Koninklijke Raad (1702–1711), in: *De centrale overheidsinstellingen van de Habsburgse Nederlanden (1482–1795)*, Bd. 1, hrsg. v. Erik Aerts [u. a.], Brüssel 1994, 283–289.
- De Zuidelijke Nederlanden als Frans en geallieerd protectoraat 1700–1715, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, Bd. 9, hrsg. v. Dirk P. Blok, Haarlem 1980, 31–43.
- Dhondt*, Luc, Verlichte monarchie, Ancien Régime en revolutie. Een institutionele en historische procesanalyse van politiek, instellingen en ideologie in de Habsburgse, de Nederlandse en de Vlaamse politieke ruimte (1700/1755–1790), Bd. 2, Teil 3, Brüssel 2002.
- Elliott*, John H., A Europe of Composite Monarchies, in: *Past and Present* 137 (1992), 48–71.
- Galand*, Michèle, Kabinetsjointe (1725–1793), in: *De centrale overheidsinstellingen van de Habsburgse Nederlanden (1482–1795)*, Bd. 1, hrsg. v. Erik Aerts [u. a.], Brüssel 1994, 256–262.
- Hamann*, Brigitte, Maria Elisabeth, in: *Neue deutsche Biographie*, Bd. 16, Berlin 1990, 190–191.
- Harris*, Barbara J., Woman and Politics in Early Tudor England, in: *The Historical Journal* 33 (1990), 259–281.
- Hasquin*, Hervé, Les difficultés financières du gouvernement des Pays-Bas autrichiens au début du XVIIIe siècle (1717–1740), in: *Revue Internationale d'Histoire de la Banque* 6 (1973), 100–133.

- Les intendants et la centralisation administrative dans les Pays-Bas méridionaux aux XVIIe et XVIIIe siècles, in: *Anciens Pays et Assemblées d'États/Standen en Landen* 47 (1968), 171–224.
- De periode van de saneringen (1715–1740), in: *Oostenrijks België 1713–1794. De Zuidelijke Nederlanden onder de Oostenrijkse Habsburgers*, hrsg. v. dems., Brüssel 1987, 71–94.
- Hengerer*, Mark, Hofzeremoniell, in: *Höfe und Residenzen im spätmittelalterlichen Reich*. Hof und Schrift, hrsg. v. Werner Paravicini, Ostfildern 2007, 433–455.
- Hofmann-Randall*, Christina, Die Herkunft und Tradierung des Burgundischen Hofzeremoniells, in: *Zeremoniell als höfische Ästhetik in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, hrsg. v. Jörg J. Berns/Thomas Rahn, Tübingen 1995, 150–156.
- Houben*, Birgit, Intimacy and Politics. Isabella and her Ladies-in-Waiting (1621–1633), in: *Isabel Clara Eugenia. Soberanía femenina en las cortes de Madrid y Bruselas*, hrsg. v. Cordula van Wyhe, Madrid 2011 (im Druck).
- Wisselende gedaanten. Het hof en de hofhouding van de landvoogden Isabella Clara Eugenia (1621–1633) en de kardinaal-infant don Fernando van Oostenrijk (1634–1641) te Brussel, Diss. phil. Gent 2009.
- Jonckers*, Marleen, Maria-Elisabeth van Oostenrijk (1680–1740). Landvoogdes der Zuidelijke Nederlanden. Een bijdrage tot de cultuurhistorie, Diplomarbeit Universität Leuven 1978.
- Kalmár*, Margarethe, Kulturgeschichtliche Studien zu einer Biographie von Erzherzogin Maria Elisabeth (1680–1741) aus Wiener Sicht, Diss. phil. Wien 1988.
- Keller*, Katrin, Hofdamen. Amtsträgerinnen im Wiener Hofstaat des 17. Jahrhunderts, Wien/Köln/Weimar 2005.
- Kubiska*, Irene, Der kaiserliche Hof- und Ehrenkalender zu Wien als Quelle für die Hofforschung. Eine Analyse des Hofpersonals in der Epoche Kaiser Karls VI. (1711–1740), ungedr. Diplomarbeit Wien 2009.
- Lefèvre*, Joseph, De Zuidelijke Nederlanden, 1700–1748, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, Bd. 7, hrsg. v. Jan A. Van Houtte, Utrecht 1954, 162–194.
- Lenders*, Piet, Drie wijzen van regeren van de Habsburgers in de Oostenrijkse Nederlanden, in: *Handelingen der Maatschappij voor Geschiedenis en Oudheidkunde te Gent*. Nieuwe Reeks 42 (1988), 183–192.
- De Zuidelijke Nederlanden 1715–1740. Politieke ontwikkeling, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, Bd. 9, hrsg. v. Dirk P. Blok, Haarlem 1980, 60–72.
- MacHardy*, Karin J., Cultural Capital, Family Strategies and Noble Identity in Early Modern Habsbourg Austria 1579–1620, in: *Past and Present* 163 (1999), 36–75.
- Pečar*, Andreas, Die Ökonomie der Ehre. Höfischer Adel am Kaiserhof Karls VI. (1711–1740), Darmstadt 2003.
- Zeichen adeliger Vortrefflichkeit. Hofzeremoniell und Selbstdarstellung des höfischen Adels am Kaiserhof (1648–1740), in: *Ordnung und Distinktion. Praktiken sozialer Repräsentation in der ständischen Gesellschaft*, hrsg. v. Marian Füssel/Thomas Weller, Münster 2005, 181–197.
- Pichorner*, Franz, Patente und Instruktionen für die Statthalter der Österreichischen Niederlande (1715–1726), in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 42 (1992), 128–151.

- Wiener Quellen zu den österreichischen Niederlanden. Die Statthalter Erzherzogin Maria Elisabeth und Graf Friedrich Harrach (1725–1743), Wien/Köln/Weimar 1990.
- Pirenne*, Henri, *Histoire de Belgique. Des origines à nos jours*, Bd. 3, Brüssel 1973.
- Sandri-Giachino*, Roberto, Un suddito sabaudo ambasciatore straordinario a Vienna e Commissario imperiale in Italia: Ercole Turinetti di Priero, in: *Torino 1706. Memorie e attualità dell'assedio di Torino del 1706 tra spirito europeo e identità regionale. Atti del convegno, Torino 29 e 30 settembre 2006*, Bd. 2, hrsg. v. Gustavo Mola di Nomaglia, Turin 2007, 679–711.
- Thewes*, Guy, Un territoire indéfendable? L'état des forteresses aux Pays-Bas autrichiens en 1725 d'après un mémoire élaboré sous la direction du comte de Daun, in: *Bulletin de la Commission Royale d'Histoire* 171 (2005), 193–271.
- Vandenbulcke*, Anne, Intendants – Intendances (1668–1787), in: *De centrale overheidsinstellingen van de Habsburgse Nederlanden (1482–1795)*, Bd. 2, hrsg. v. Erik Aerts [u. a.], Brüssel 1994, 547–558.
- Van Gelder*, Klaas, L'empereur Charles VI et „l'héritage anjouin“ dans les Pays-Bas méridionaux (1716–1725), in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 58 (2011), 53–79.
- Divided Loyalties: Angevin Partisans in the Southern Netherlands in the Aftermath of the War of the Spanish Succession, in: *Dutch Crossing* 34 (2010), 59–76.
- /René Vermeir, De Habsburgse Nederlanden in de overgang van Spanje naar Oostenrijk (1692–1713), in: *Oudenaarde 1708. Een stad, een koning, een veldheer*, hrsg. v. Pieter-Jan Lachaert, Leuven 2008, 33–50.
- Van Honacker*, Karin, Lokaal verzet en oproer in de 17de en 18de eeuw. Collectieve acties tegen het centraal gezag in Brussel, Antwerpen 1994.
- van Nimwegen*, Olaf, The Dutch Barrier. Its Origins, Creation and Importance for the Dutch Republic as a Great Power, 1697–1718, in: *Anthonie Heinsius and the Dutch Republic 1688–1720. Politics, War and Finance*, hrsg. v. Jan A. F. de Jongste/Augustus J. Jr. Veenendaal, Den Haag 2002, 147–174.
- Veenendaal*, Augustus J., Het Engels-Nederlands condominium in de Zuidelijke Nederlanden tijdens de Spaanse Successieoorlog 1706–1716, Utrecht 1945.
- Vermeir*, René, L'ambition du pouvoir. La noblesse des Pays-Bas méridionaux et Philippe IV, 1621–1648, in: *Revue du Nord* 87 (2005), 89–113.
- Windey*, Jan B., De Raad van Financiën in de Oostenrijkse Nederlanden onder keizer Karel VI (1725–1740), Diplomarbeit Universität Gent 1971.
- Zolger*, Ivan von, *Der Hofstaat des Hauses Österreich*, Wien/Leipzig 1917.